



WERK und WIR
HOESCH WERKE AKTIENGESELLSCHAFT

1

1975



Der Gesamtbetriebsrat gibt Rechenschaft

Jahrestreffen aller Hoesch- Betriebsräte

Betriebsrätevollkonferenz 1974: rund 500 Mitglieder aller Hoesch-Betriebsräte trafen sich am 22. November 1974 im Dortmunder Goldsaal. Mit großer Aufmerksamkeit hörten sie den Rechenschaftsbericht über die Arbeit des Gesamtbetriebsrates, den Werner Schäfer als stellvertretender Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates gab. Er vertrat Albert Pfeiffer, der sich aus gesundheitlichen Gründen von dieser Pflicht entbinden ließ. Als Gäste der Betriebsrätevollkonferenz sprachen Arbeitsdirektor Walter Hölkeskamp vom Vorstand der Hoesch Werke AG über die jüngsten Entwicklungen auf dem Gebiet der Personal- und Sozialpolitik bei Hoesch, Vorstandsvorsitzer Josef Fischer über die allgemeine wirtschaftliche Lage wie über die Position von Hoesch und ESTEL sowie Karl Meyerwisch vom Zweigbüro der IG Metall in Düsseldorf über Probleme der Mitbestimmung. Während der Diskussion ergriffen acht Betriebsratsmitglieder zu Fragen der Ergebnisbeteiligung das Wort. Die Leitung der Versammlung lag in den Händen von Dankward Börngen, dem Vorsitzenden der Betriebsräte-Konferenz Weiterverarbeitung.



Börngen

Werner Schäfer über die Arbeit des Gesamt- betriebsrates



Werner Schäfer, stellvertretender Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates, gab einen ausführlichen Rechenschaftsbericht über die Arbeit des Gesamtbetriebsrates im Jahr 1974. Einleitend erinnerte er, daß das neue Betriebsverfassungsgesetz die Bildung eines Gesamtbetriebsrates zwingend vorgeschrieben habe und daß sich dieser Gesamtbetriebsrat – wie zuvor der seit über zwanzig Jahren bestehende Gemeinschaftsausschuß – für die Arbeitnehmer eingesetzt habe, wo immer es möglich und sinnvoll gewesen sei.

Aufgaben des Gesamtbetriebsrates

Das Bestehen eines Gesamtbetriebsrates bringe aber auch Probleme mit sich. So gäbe es beim Abschluß von Vereinbarungen und bei der Erarbeitung von Richtlinien einen Kreis von Betriebsräten, die die Aktivität des Gesamtbetriebsrates dankbar begrüßten – andere Betriebsräte wiederum legten Wert darauf, möglichst alle Vereinbarungen mit den Betriebsführungsgesellschaften selbst zu treffen und betonten die dezentrale Organisationsstruktur.

Werner Schäfer sagte dazu: „Beide

haben recht. Mit dem Dichter könnte man sagen, in der Mitte liegt holdes Bescheiden. Es kann, und das sei hier noch einmal klar zum Ausdruck gebracht, nicht die Aufgabe des Gesamtbetriebsrates sein, in den Zuständigkeiten der nach dem Gesetz autonomen Betriebsräte „herumzufummeln“. Es muß allerdings die Aufgabe des Gesamtbetriebsrates sein, die Regelungen und Vereinbarungen zu treffen, die notwendigerweise hoescheinheitlich im Sinne einer vernünftigen Gleichbehandlung getroffen werden müssen und sollen.“

Bei der vielschichtigen Struktur der Hoesch Werke AG – vom Hüttenwerk bis zur Handelsgesellschaft, von der Schmiede bis zur Blechverarbeitung – sei es schwer, wenn nicht gar unmöglich, die betrieblichen Eigenarten bei den hoescheinheitlichen Regelungen zu berücksichtigen. Das sei auch der Grund, weshalb der Gesamtbetriebsrat hohen Wert darauf lege, daß vorwiegend Richtlinien erarbeitet würden.

Freistellung nach Paragraph 37,6

Werner Schäfer stellte fest, daß das Thema „Organisationsstruktur und die

Arbeit der Betriebsräte bei Hoesch“ auch Mittelpunkt der Schulungen im Lottental in Bochum sei, an der sich bisher über 250 Betriebsräte und Jugendvertreter beteiligt hätten. Er betonte, daß diese Schulung nicht im Zusammenhang mit der Freistellung nach Paragraph 37,6 des Betriebsverfassungsgesetzes, sondern als zusätzliche Schulung bewertet werde (nach Paragraph 37,6 können Betriebsratsmitglieder jährlich zehn Arbeitstage unter Entgeltfortzahlung und Übernahme der Schulungskosten durch Arbeitgeber an Schulungen teilnehmen). Durch anonyme Fragebogen sei ermittelt worden, daß diese Kurstage positiv beurteilt würden – bis auf ihre Kürze. Das sei Anlaß, auf dem eingeschlagenen Wege weiterzugehen. Weitere Schulungen seien bereits genehmigt.

Zur Freistellung für Schulungen nach Paragraph 37,6 erklärte Werner Schäfer weiterhin, daß der Gesamtbetriebsrat mit aller Entschiedenheit Kurse der Arbeitgeberorganisationen zur Betriebsratsfähigkeit ablehne. In Abstimmung mit der IG Metall sei vom Gesamtbetriebsrat mit dem Hoesch-Vorstand eine Absprache getroffen worden, die Paragraph 37,6 für den Hoesch-Bereich regelt. Danach sei die Schulung der Betriebsräte durch

die Gewerkschaft ermöglicht und sichergestellt. Im gleichen Zuge sei auch Klarheit über die Kostenübernahme durch den Arbeitgeber erzielt.

Zusammenschluß Hoesch-Hoogovens

Zum Zusammenschluß mit Hoogovens erklärte Werner Schäfer, daß der Schritt zur Zusammenarbeit mit IJmuiden auch nach Ansicht des Gesamtbetriebsrates ein guter und aus wirtschaftlichen Gründen notwendiger Schritt gewesen sei. Im Gemeinschaftlichen Ausschuß sei gemeinsam mit Mitgliedern des holländischen Unternehmensrates die vor Jahren begonnene Arbeit fortgesetzt worden. Dabei sei ein hohes Maß an Arbeitnehmersolidarität über die nationalen Grenzen festzustellen. So sei das für Hoesch äußerst günstige Investitionsprogramm von den holländischen Arbeitnehmervertretern nicht nur toleriert, sondern maßgeblich unterstützt worden. Die holländischen Kollegen hätten erkannt, daß die Verbesserung der Stahlbasis in Dortmund für die Sicherung der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik von großer Bedeutung sei.

Arbeitssicherheit

Danach wandte sich Werner Schäfer dem Bereich Arbeitssicherheit zu und sagte: „Dieses wichtige Gebiet hat bei der Arbeit des Betriebsrates im Mittelpunkt zu stehen und ich kann berichten, daß es beim Gesamtbetriebsrat auch gebührend im Mittelpunkt steht. Ein Grundsatz ist für uns unabdingbar. Die Zuständigkeit für die Arbeitssicherheit gehört vor Ort, an die Basis, an den Platz, wo sich die Gefahren unmittelbar befinden.“

Seine Zuständigkeit sehe der Gesamtbetriebsrat darin, in gemeinsamen Gesprächen mit Arbeitsdirektor Walter Hölkeskamp den Rahmen abzu stecken, der eine Intensivierung dieser wichtigen Arbeit ermögliche. Er unterstrich, daß eine Koordination und vor allem ein Informationsaustausch für die Verbesserung der Arbeitssicherheit nützlich sei.

Ergonomie

Ähnlich beurteile der Gesamtbetriebsrat die Bemühungen um eine bestmögliche Gestaltung der Arbeitsplätze, bei denen nach den Paragraphen 90 und 91 ebenfalls ein Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bestehe. Auch hier sollten Rahmen abgesteckt werden. Ein Ausschuß beschäftige sich gerade intensiv mit diesem Thema. Hoesch habe, und das sollte mit Dank versehen werden, Schulungen in Ergonomie in Zusammenarbeit mit dem Bildungszentrum Sprockhövel der IG Metall durchge-



INHALT

- 2 Vollkonferenz der Hoesch-Betriebsräte
- 3 Werner Schäfer über die Arbeit des Gesamtbetriebsrates
- 4 Walter Hölkeskamp zur Entwicklung im Personal- und Sozialbereich
- 6 Josef Fischer zur Entwicklung von Hoesch und ESTEL 1974
- 8 Neues Berufsbildungszentrum
- 10 Heinz Solbach im Vorstand der Hoesch AG
- 12 Helmut Rohde über die Berufsbildung aus der Sicht der Bundesregierung
- 14 Der kluge Mann schlägt vor
- 15 Die Lübecker Werft von O & K
- 18 Josef Scherer 60 Jahre alt
- 18 Mitarbeiter spenden Spielzeug
- 18 Seminar über Lärm am Arbeitsplatz
- 19 Achtung: Betrüger!
- 19 Konzernarbeitskreis für außertarifliche Angestellte
- 19 Hoesch MFD-Spiralrohrwerk nach Belgien
- 19 MS-Kranke bitten um Hilfe
- 20 Bücherausleihe im Hüttenhospital
- 20 Ausblick auf den Hoesch Messekalender 1975 und Rückblick auf den Hoesch Messekalender 1974
- 24 Sammelmappe 1975 ist da
- 24 Harkort-Medaille für Richter und Kupferschmidt
- 24 Arbeitsgemeinschaft der Betriebskrankenkassen
- 24 Letzte Meldung: Betriebsrenten abgesichert
- 25 Unsere Jubilare
- 26 Die Gesellschaften der Hoesch Werke AG
- 27 Der Fotowettbewerb

Titelseite: Blick auf die Werft von O & K Orenstein & Koppel AG in Lübeck, die unter den mittelgroßen Werften der Bundesrepublik eine führende Stelle einnimmt. Im Vordergrund ein Tanker zum Transport flüssiger Chemikalien, hinter ihm ein für die Türkei bestimmter Eimerkettenbagger, dahinter wiederum ein Chemikaliertanker und (ganz links) ein dritter im Stadium der Montage. Hinten im Dock ein Frachter und ein Marineschiff.
Rückseite: Lübeck, die alte Hansestadt mit ihrem Wahrzeichen, dem Holstentor aus dem 15. Jahrhundert, zählt weit über hunderttausend quicklebendige Einwohner, von denen rund 2600 bei O & K tätig sind.

führt. Werner Schäfer führte dazu aus: „Es kann und darf nicht sein, daß der Mensch sich den Arbeitsplätzen anpaßt. Es muß so werden, daß die Arbeitsplätze unter Berücksichtigung der wissenschaftlichen Erkenntnisse dem Menschen angepaßt werden. Wenn der Mensch im Mittelpunkt steht, und daran zweifelt hier sicher keiner, kann es nicht anders sein. Hier haben wir eine Aufgabe zu erfüllen, die nur langfristig lösbar sein wird und die über Jahre unsere ganze Kraft erfordert. Geht es doch darum, die Unzulänglichkeiten und Fehler der Vergangenheit auszumerzen und dafür zu sorgen, daß bei Neu- und Ersatzinvestitionen aus den Fehlern der Vergangenheit Lehren und Nutzenwendungen gezogen werden.“

Schwerbehinderte

Nach diesem Appell hob Werner Schäfer die besonderen Probleme einzelner Personengruppen hervor. Er erinnerte an das neue Schwerbehinderten-Gesetz, das die Ansprüche dieses Personenkreises wesentlich verbessert habe. Im Arbeitskreis der Schwerbehinderten würden wertvolle Informationen für die Schwerbehinderten-Vertrauensleute erteilt und auf diesem Wege an die Betroffenen weitergeleitet. Der Gesamtbetriebsrat lege allen Betriebsräten nahe, sich an der Information zu beteiligen. Häufig würden Leistungsansprüche nicht erfüllt, weil wegen fehlender Information nicht die nötigen Anträge gestellt worden seien.

Jugendliche

Eine andere Sondergruppe sei die der Jugendlichen, die ebenfalls eine Vielzahl von Problemen habe. Die Zusammenarbeit mit der Jugendvertretung sei sehr gut. An ihren Sitzungen nehme regelmäßig ein Vertreter des Gesamtbetriebsrates teil. Umgekehrt sei, wie bei den Schwerbehinderten, ein Vertreter der Jugend regelmäßig Gast bei den Sitzungen des Gesamtbetriebsrates.

Da sich die Ausbildungsmethoden und ihre Zielsetzung zur Zeit stark in Fluß befänden, was durchaus zu begrüßen sei, stellten sich dem Gesamtbetriebsrat auch auf diesem Gebiet immer wieder neue Aufgaben. Inzwischen seien einige Empfehlungen zur Verbesserung der Ausbildung im Ausschuß „Berufsbildung Hoesch“, in dem auch Jugendvertreter mitarbeiteten, ausgearbeitet worden.

AT-Angestellte

Zum Personenkreis der AT-Angestellten stellte Werner Schäfer fest, daß nach Auffassung des Gesamtbetriebsrates nur die dem Vorstand direkt Unterstellten leitende Angestellte im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes seien. Hinzu kämen die Prokuristen. Alle anderen Belegschaftsmitglieder sollten sich an der Betriebsratswahl beteiligen. Diese Empfehlung gäbe der Gesamtbetriebsrat besonders im Hinblick auf die im Frühjahr stattfindende Betriebsratswahl.

In diesem Zusammenhang wies Werner Schäfer darauf hin, daß in einer Rahmenvereinbarung abgesprochen sei, die AT-Gehälter im Zuge einer Tarifbewegung mit dem Ziel einer angemessenen Erhöhung jeweils zu überprüfen. Die AT-Angestellten hätten in der Vergangenheit von jeder Tarifierhöhung profitiert, und das werde sicherlich auch so bleiben.

Krankengeldzuschuß

Danach berichtete der Referent über einen Antrag des Gesamtbetriebsrates, der dazu beitragen solle, überlebte Unterscheidungen zwischen Angestellten und Arbeitern abzubauen. So sollten – wenn Angestellte nach mehr als sechswöchiger Krankheit einen Zuschuß zum Krankengeld bis zur Höhe des Nettogehaltes erhielten – Arbeiter dieselbe Vergünstigung eingeräumt bekommen. Der Gesamtbetriebsrat habe einen Antrag an den Hoesch-Vorstand gestellt, die Arbeiter anzugleichen.

Anerkennungszuschlag

Ein besonderes Problem nannte Werner Schäfer den Anerkennungszuschlag. Wenn Umsetzungen auf schlechter bezahlte Arbeitsplätze aus gesundheitlichen Gründen erfolgen müßten, müsse nach Erachten des Gesamtbetriebsrates – bei entsprechender Werkzugehörigkeit – auch das Einkommen abgesichert werden. Seit längerer Zeit beschäftige sich der Gesamtbetriebsrat und ein eigens gebildeter Ausschuß mit dieser Frage. Die Betriebsvereinbarung, die bei zwanzigjähriger Betriebszugehörigkeit eine Absicherung des Stundenlohnes nach prozentualer Staffelung sichere, reiche nicht mehr aus. Der Gesamtbetriebsrat werde sich in Anlehnung an den Tarifvertrag der Eisen- und Stahlindustrie für eine bessere Betriebsvereinbarung einsetzen.

Werner Schäfer sagte: „Dabei wird es im wesentlichen darum gehen: die Anwartschaften nach Werkzugehörigkeit zu verbessern, die Einkommen vordergründig zu sehen und nicht nur den Stundenlohn und die bereits Umgesetzten in eine bessere Regelung einzubeziehen.“ Er appellierte an die Solidarität aller Kollegen: „Jeder sollte sich die Situation vor Augen führen, wie es denn aussähe, wenn er selbst der Betroffene wäre. Wenn er von seinem durch jahrelange Arbeit gewohnten regelmäßigen Monatseinkommen heruntergesetzt würde, weil er unverschuldet krank oder nicht mehr leistungsfähig genug ist.“

Reisekostenordnung

Eine weitere Forderung des Gesamtbetriebsrates sei die Veränderung der Reisekostenordnung. Es gehe unter anderem darum, das Tagelohn zu erhöhen, die Kürzung der Übernachtungsgelder zu verringern von sechzig auf achtzig Prozent und die Kilometerpauschale beim Einsatz eines privaten Kraftfahrzeuges von 32 auf 45 Pfennig zu erhöhen.

Ergebnisbeteiligung

Darauf berichtete Werner Schäfer über die Ansicht des Gesamtbetriebsrates zur Ergebnisbeteiligung, die – wie auch immer die tariflichen Absicherungen lauteten – hoescheinheitlich geregelt werden müsse. Er sagte: „Am Ergebnis sind alle beteiligt. Natürlich werden die Gesellschaften, auf den Kopf der Beschäftigten bezogen, unterschiedliche Anteile am Gesamtergebnis haben. Das hat mit der Leistung der einzelnen Belegschaft aber nicht das geringste zu tun. In der betriebswirtschaftlichen Rechnung gibt es so viele Faktoren, die das Ergebnis begünstigen oder benachteiligen können, ohne daß ein Belegschaftsmitglied dafür verantwortlich gemacht werden kann. Diese Faktoren aufrechnen zu wollen, um eine Unterschiedlichkeit der Behandlung der Hoesch-Beschäftigten zu konstruieren, wäre unverantwortlich, ja unsolidarisch.“

Nachdem das Jahr 1973 ein besonders günstiges Ergebnis erbracht habe, sei der Gesamtbetriebsrat an den Vorstand herangetreten und habe aufgrund der Betriebsvereinbarung 64 gefordert, die Belegschaft daran zu beteiligen. Geeinigt habe man sich auf eine Zahlung von 175 DM für alle Hoesch-Beschäftigten. Werner Schäfer betonte, daß bei diesen Verhandlungen der Vorstand seine grundsätzliche Bereitschaft zur Neufassung der Betriebsvereinbarung Ergebnisbeteiligung für 1974 und später bekundet habe. In diesem Zusammenhang schilderte er ausführlich die unterschiedliche Entwicklung der Tarifverträge bei Eisen und Stahl und bei der Weiterverarbeitung.

Ausblick

Werner Schäfer faßte seinen Bericht mit den Worten zusammen: „Ich wollte erinnern an Erfolge, die wir zu verzeichnen hatten und Ausblick geben auf Aufgaben, die wir zum Erfolg führen müssen. Ich wollte auch aufzeigen, wie kompliziert das Gebilde Hoesch und ESTEL ist, in dem wir arbeiten. Ich wollte auch darauf hinweisen, wie schwierig es ist, alle Sachfakten und Meinungen unter einen Hut zu bringen. . . . Uns ist die Aufgabe gestellt:

- unsere Ziele klar zu erkennen und zu verfolgen
- alle Wege zu suchen, die für die Beschäftigten die schnellste Verwirklichung ihrer berechtigten Forderungen bringen
- und ständig daran zu denken, daß – bei aller Beteiligung wirtschaftlicher Fakten – der Mensch im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Handelns stehen muß.

Das sind wir dem Auftrag, den wir erteilt bekommen haben, im Interesse der Demokratie schuldig.“

Walter Hölkeskamp zur Entwicklung im Personal- und Sozialbereich



Walter Hölkeskamp, Arbeitsdirektor im Vorstand der Hoesch Werke AG, leitete seinen Bericht über die Personal- und Sozialpolitik mit einem Überblick über die Personalentwicklung ein.

Belegschaftsentwicklung

Zusammenfassend stellte er fest, daß sich die gute Stahlkonjunktur im Jahre 1974 auch in der Personalentwicklung widerspiegele. Zur Zeit seien bei ESTEL 77500 Mitarbeiter beschäftigt, 2,6 vH mehr als zum Jahresbeginn. Die gute Beschäftigung habe auch zu einer Belegschaftszunahme in fast allen Hoesch-Gesellschaften geführt, so sei die Hoesch-Mitarbeiterzahl in den ersten zehn Monaten 1974 um fast 900 oder 1,7 vH auf rund 51 600 gestiegen. Die größte Zunahme hätten die Hüttenwerke mit 650 neuen Mitarbeitern zu verzeichnen, im Bereich unserer Weiterverarbeitung seien 240 neue Belegschaftsmitglieder hinzugekommen.

Von Januar bis Oktober 1974 sei es notwendig gewesen, insgesamt mehr als 4 800 Mitarbeiter neu einzustellen, sowohl als Ersatz für die Fluktuation als auch für den zusätzlichen Bedarf. Bei den Anwerbungen habe man vielfach ausländische Mitarbeiter berücksichtigen müssen. Ihre Zahl sei deshalb auch 1974 weiter gestiegen. Zur Zeit beschäftigen wir etwas mehr als 5 200 gewerbliche ausländische Mitarbeiter. Das entspreche einem Ausländeranteil – gemessen an der Zahl der gewerblichen Mitarbeiter – von 14,2 vH.

Unsere Gesellschaften sei es – insbesondere in den Sommermonaten – trotz intensiver Bemühungen nicht immer möglich gewesen, genügend Arbeitskräfte anzuwerben. Da unsere Mitarbeiter trotz großer Anspannung bereit gewesen seien, zusätzliche Mehrarbeit zu verfahren, hätten die Produktionskapazitäten dennoch weitgehend ausgelastet werden können. Die verfahrenen Mehrarbeitsstunden entsprächen einer

Arbeiterbelegschaft von rund 2 500 Mann im Jahresdurchschnitt. Für diese Bereitschaft zur Mehrarbeit sprach Walter Hölkeskamp allen Mitarbeitern den Dank des Vorstandes aus und sagte: „Bei unserer Personalplanung werden wir immer einen gewissen Anteil an Mehrarbeit als Sicherheitsfaktor einplanen, weil gerade die Mehrarbeit ein Regulativ ist, um sich Beschäftigungsschwankungen schnell und reibungslos anzupassen, ohne daß damit Nachteile für die Belegschaft verbunden sind.“

An Personalaufwand für das gesamte Jahr 1974 sei mit einer Summe von mehr als 1,7 Milliarden DM zu rechnen – ohne die Rückstellungen, die aufgrund des Gesetzes über die Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung zusätzlich notwendig würden.

Betriebsvereinbarungen

Von der im Jahr 1974 gemeinsam mit dem Betriebsrat geleisteten Arbeit sprach Walter Hölkeskamp zunächst die am 1. März 1974 verabschiedeten, allgemein geltenden Rahmen-Auswahlrichtlinien an, die bei allen personellen Einzelmaßnahmen wie: Einstellungen, Versetzungen, Umgruppierungen und Kündigungen eine einheitliche Personalpolitik bei Hoesch gewährleisten.

Auch für die Freistellung von Betriebsratsmitgliedern und Jugendvertretern zu Schulungs- und Bildungsveranstaltungen nach Paragraph 37 Absatz 6 Betriebsverfassungsgesetz sei – einheitlich für alle Hoesch-Gesellschaften – eine saubere und faire Regelung gefunden worden.

Wegen der sozialpolitischen Veränderungen der letzten Jahre, insbesondere infolge der Rentenreform und der Reform der Betriebsverfassung, habe man die alte Hoesch-Musterarbeitsordnung überarbeiten müssen. Am 14. Februar sei über die Einführung der neuen Musterarbeitsordnung eine Gesamtbetriebsvereinbarung abgeschlossen worden, so daß die neue Arbeitsordnung inzwischen unter Berücksichtigung der besonderen betrieblichen und örtlichen Gegebenheiten bei fast allen unseren Gesellschaften eingeführt worden sei.

Krankenstand und Krankenkassen

Zum Krankenstand und zur Lage unserer Betriebskrankenkassen stellte Walter Hölkeskamp einleitend fest, daß 83 Prozent aller Hoesch-Mitarbeiter bei unseren fünf Betriebskrankenkassen versichert seien. Im Durchschnitt der ersten neun Monate 1974 habe der Krankenstand aller Kassenmitglieder 7,0 gegenüber 7,3 vH im Vorjahreszeitraum betragen. Damit sei erstmalig wieder ein Rückgang des seit Jahren angestiegenen Krankenstandes eingetreten.

Die finanzielle Lage der Betriebskrankenkassen sehe allerdings nicht gerade rosig aus. In den letzten Monaten seien die Ausgaben erheblich über die Einnahmen gestiegen, so daß die Kassen der Rothe Erde-Schmiedag und der Maschinenfabrik

Deutschland ihren Beitragssatz am 1. Oktober 1974 auf 10,0 vH beziehungsweise 9,6 vH hätten erhöhen müssen. Auch die größte Kasse, die BKK Hoesch, habe im Monat September mit einem erheblichen Verlust abgeschlossen. Alles in allem werde das Geschäftsjahr 1974 bei der BKK Hoesch kaum mit einem guten Ergebnis abschließen, so daß der derzeitige Beitragssatz von 9,8 vH des Grundlohnes wahrscheinlich nicht beibehalten werden könne.

Verbesserte Arbeitswelt und Umweltschutz

Zu den Fragen einer verbesserten Qualität der Arbeitswelt führte Walter Hölkeskamp zwei Beispiele an: Zuerst die am 1. März verabschiedeten neuen Richtlinien zur Gestaltung von Arbeitsplatz, Arbeitsablauf und Arbeitsumgebung. Der in den Richtlinien vorgesehene arbeitswissenschaftliche Arbeitskreis, der sich aus Vertretern der Fachrichtungen Arbeitsmedizin, Arbeitspsychologie, Arbeitsanalyse, Arbeitstechnologie (Meßtechnik und Planung), Arbeitsschutz und Ergonomie konstituiert habe, solle Erfahrungen und neueste Erkenntnisse auf dem Gebiet der Arbeitswissenschaft zusammenfassen und unseren Gesellschaften nutzbar machen. Neben der Information und der Beratung der Gesellschaften habe der Arbeitskreis die Aufgabe, Anforderungsmerkmale für die Arbeitsplatzgestaltung aufzustellen und auch die Schulung von Fach- und Führungskräften, Betriebsräten und Sicherheitskräften zu koordinieren. Nach einer gewissen Anlaufphase sollte die Tätigkeit des Arbeitskreises auf Projekt- und Arbeitsplatzstudien erweitert werden. Dabei seien insbesondere auch die Möglichkeiten des Einsatzes älterer und jüngerer sowie der Wiedereingliederung geschädigter oder behinderter Mitarbeiter zu berücksichtigen.

Als zweites Beispiel nannte Walter Hölkeskamp den Bereich Umweltschutz, der, wie er betonte, vom Vorstand sehr ernst genommen werde. Ein Schwerpunkt unserer Maßnahmen ist augenblicklich das Werk Phoenix, wo durch Umstellung von LDAC- auf LD-Verfahren mit einem Aufwand von rund 100 Millionen DM ein wesentlicher Beitrag zum Umweltschutz geleistet werde. Diese Umstellung sei eine Voraussetzung dafür, daß die Gewerbeaufsichtsbehörde die Genehmigung für eine Produktionsausweitung bis 400 000 Tonnen je Monat erteilt habe. Der Genehmigungsbescheid sei inzwischen rechtskräftig. Dieses für uns alle erfreuliche Ergebnis sichere nachhaltig die Rohstahlbasis für den Dortmunder Raum und damit auch die Arbeitsplätze.

Durch Ordnungsverfügungen vom 5. September sei uns weiterhin aufgegeben, die beiden SM-Werke auf der Westfalenhütte bis zum 1. Januar 1977 zu entstauben. Im SM 1 Union sei bereits ein Ofen mit Elektrofilter ausgerüstet. Die zuständigen Mitarbeiter bemühen sich, die Planungen so zu beschleunigen, daß die Termine im wesentlichen eingehalten werden. Damit sei auch hier die weitere Produktion gesichert.

Künftige Aufgaben

Zu den wesentlichen Aufgaben der nächsten Zeit zählte Walter Hölkeskamp das neue Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung, das eine Überprüfung der bestehenden betrieblichen Ruhegeldregelungen notwendig mache. Beabsichtigt sei, die erforderlichen Änderungen der Hoesch-Pensionsordnung in Abstimmung mit den übrigen Mitgliedsunternehmen der Pensionsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie zu treffen.

Vorschlagswesen

Eine andere Aufgabe habe der Arbeitskreis Vorschlagswesen in Arbeit, dem Mitarbeiter der Hauptverwaltung, der Hüttenwerke und der Weiterverarbeitung sowie sechs Vertreter des Gesamtbetriebsrats angehörten. Er habe die Richtlinien über das Vorschlagswesen überarbeitet und einen Entwurf vorgelegt, der die bisherigen Erfahrungen berücksichtige. Die neuen Richtlinien enthielten Verbesserungen für die Vorschlagenden hinsichtlich ihrer Rechte und des Schutzes der Verbesserungsvorschläge; ferner eine Neudefinition des Vorschlagsbereiches und des Bearbeitungsverfahrens sowie einheitliche Grundsätze zur Prämienfindung.

Zum Ergebnis im betrieblichen Vorschlagswesen teilte Walter Hölkeskamp mit, daß wir 1974 sehr gut abschneiden würden. In den ersten zehn Monaten 1974 seien mit 2 200 Verbesserungsvorschlägen 188 Vorschläge oder 9,3 vH mehr eingereicht worden als in der gleichen Zeit des Vorjahres; die Vorschlagshäufigkeit habe sich somit von 39,9 auf 42,6 Vorschläge je 1000 Belegschaftsmitglieder erhöht und damit einen neuen Höchststand erreicht.

Ergebnisbeteiligung

Eine dritte Aufgabe, die noch anstehe, sei die Neuregelung der Ergebnisbeteiligung für unsere Belegschaftsmitglieder. Seit dem Tarifabkommen über die Absicherung von betrieblichen Sonderzahlungen in der Eisen- und Stahlindustrie vom 10. 6. 1964 sei ein immer größerer Anteil der Ergebnisbeteiligung für die Belegschaftsmitglieder in die Regelung durch die Tarifpartner übergegangen, 1972 habe auch die tarifliche Teilabsicherung in der metallverarbeitenden Industrie begonnen.

Die Betriebsvereinbarung über die Zahlung einer Ergebnisbeteiligung vom 19. 2. 1964 sei damit aber nicht hinfällig geworden, weil hinsichtlich des Bezugszeitraumes, der Berechnungsgrundlage, des Auszahlungstermins, der Teilansprüche für neu eingestellte Belegschaftsmitglieder sowie der Ansprüche für Werksrentner weiter die betrieblichen Regelungen gälten.

Die Sonderzahlungen für das Geschäftsjahr 1974 seien durch Betriebsvereinbarung vom 11. Oktober unter Anrechnung der tariflich abgesicherten Beträge und des tariflichen Urlaubsgeldes für alle Belegschaftsmitglieder auf 100 Prozent eines

Monatsgehaltes festgelegt und am 15. November ausgezahlt worden.

Für das Geschäftsjahr 1973 sei aufgrund der Betriebsvereinbarung 64 nach einer Übereinkunft zwischen dem Vorstand und dem Gesamtbetriebsrat am 19. Juli ein zusätzlicher Betrag zur Ergebnisbeteiligung von 175,- DM – für Auszubildende 105,- DM – gezahlt worden.

Die unterschiedliche tarifliche Entwicklung im Stahlbereich und in der metallverarbeitenden Industrie mache es jedoch notwendig, daß zum jeweiligen Auszahlungstermin gesonderte Betriebsvereinbarungen abgeschlossen werden müßten, um eine einheitliche Handhabung – und soweit möglich auch eine einheitliche Leistung – zu gewährleisten.

Um hier eine Bereinigung zu schaffen, sei eine Arbeitsgruppe beauftragt, eine neue Gesamtbetriebsvereinbarung über die Ergebnisbeteiligung zu entwerfen. Die Neufassung solle die tarifliche Entwicklung berücksichtigen und der Unternehmensentwicklung Rechnung tragen.

Krankengeld-Zuschuß

Walter Hölkeskamp sicherte zu, daß sich der Vorstand auch mit dem Antrag des Gesamtbetriebsrates auf Zahlung eines betrieblichen Krankengeld-Zuschusses bei unverschuldeter Arbeitsunfähigkeit beschäftigen werde.

Der Krankengeld-Zuschuß solle die nach Ablauf der gesetzlichen Lohn- und Gehaltsfortzahlung auftretende Lücke zwischen dem Netto-Arbeitsentgelt und dem Krankengeld aus der gesetzlichen Krankenversicherung schließen. Mit dem neuen Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation sei in dieser Angelegenheit jedoch eine veränderte Ausgangslage entstanden, da mit der Änderung im Paragraph 182 Absatz 4 Reichsversicherungsordnung das Krankengeld auf 80 Prozent des Regellohns heraufgesetzt worden sei. Über den Antrag werde in Kürze entschieden werden.

Auch die Regelung über die Zahlung eines Anerkennungszuschusses werde aufgrund des neuen Tarifvertrages, der ja eine Absicherung der Verdienste älterer Mitarbeiter vorsehe, zu überarbeiten sein.

Arbeitsschutz

Für den Bereich des Arbeitsschutzes habe das „Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ große Bedeutung. Das Gesetz verpflichte alle Arbeitgeber, Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit zu bestellen. Diese sollen den Arbeitgeber und die von ihm mit der Durchführung des Arbeitsschutzes beauftragten Personen unterstützen.

Josef Fischer zur Entwicklung von Hoesch und ESTEL im Jahr 1974



Josef Fischer, Vorsitzender des Vorstandes der Hoesch Werke AG, sprach über die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und über den Verlauf des Jahres 1974 für Hoesch und ESTEL. Einleitend stellte er fest, daß

die Entwicklung unseres Unternehmens seit der letzten Betriebsräte-vollkonferenz durchaus zufriedenstellend verlaufen sei. Nichtsdestoweniger seien wir nicht ohne Sorgen. Vor einem Jahr habe die Ölverknappung und die unzureichende Energieversorgung zur Besorgnis Anlaß gegeben, heute seien es konjunkturelle und monetäre Probleme mit ihren vielfältigen Auswirkungen auf die Beschäftigungs- und Ertragslage.

Ölpreiserhöhungen

Neben einer antiinflationistischen Wirtschaftspolitik hätten vornehmlich die starken Ölpreiserhöhungen dazu beigetragen, daß sich das wirtschaftliche Wachstum im Laufe des Jahres 1974 weltweit deutlich abgeschwächt habe und daß die meisten Industrieländer in Europa und in der übrigen westlichen Welt mit Zahlungsbilanzproblemen zu kämpfen hätten. Aber das seien nicht alle Probleme, die der „Erdölchock“ ausgelöst habe. Ein weiteres Problem sei in den auf den internationalen Finanzmärkten vagabundierenden Ölmilliarden zu sehen; man spreche für 1974 von 40 bis 50 Milliarden DM, die den Ölländern aufgrund der überaus drastischen Erhöhung der Ölpreise zugeflossen seien und zufließen. Dieses Problem sei von weltweiter internationaler Bedeutung, für das weder Regierungen noch Experten eine Lösung gefunden hätten.

Die Erdöl produzierenden Länder hätten durch ihre Preispolitik eine Finanzkraft ungewöhnlichen Ausmaßes erlangt. Andererseits kämpften viele Industrieländer – und zwar gerade aufgrund dieser Ölpreispolitik – mit sehr großen Zahlungsbilanzproblemen. Zwar würden die Öl produzierenden Länder, soweit sie die riesigen Überschüsse aus dem Öl export nicht für höhere Importe verwerten können, diese Gelder irgendwie anlegen. Es sei jedoch keineswegs sicher, daß die Art der gewählten Anlagen die Finanzmärkte in der Welt funktionsfähig und die Zahlungsbilanzen der Einfuhrländer einigermaßen im Gleichgewicht hielten.

In dieser schwierigen Situation komme es zunächst darauf an, in allen Öl importierenden Ländern größere Anstrengungen als bisher zu unternehmen, um neue Energiequellen zu erschließen und den Energieverbrauch auf das Maß zu beschränken, das für ein angemessenes wirtschaftliches Wachstum notwendig sei. Auf der anderen Seite müßten die vagabundierenden Ölgelder langfristig produktiv angelegt werden. Dieses Ziel sei klar, es zu verwirklichen, jedoch sehr schwer. Es gäbe zwar Programme, aber ein Programm sei noch kein Beschluß und einen Beschluß international durchzuführen, sei ein Vorgang, der viel Zeit benötige. Diese Entwicklung habe sich bremsend auf die Investitionspolitik aller Unternehmen, auch in der Bundesrepublik, ausgewirkt.

Niederlande

Nach dieser Darstellung eines der wichtigsten Wirtschaftsprobleme unserer Welt skizzierte Josef Fischer die Lage der Europäischen Gemeinschaft, unter besonderer Berücksichtigung der Niederlande und der Bundesrepublik. Er konstatierte zunächst, daß in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft der Konjunkturabschwung in den Sommermonaten unverändert angehalten habe. Die Industrieproduktion habe kaum zugenommen, die Kapazitäten seien geringer ausgelastet, und die Arbeitsmarktlage verschlechtere sich zunehmend.

In den Niederlanden habe sich die Industrieproduktion günstiger entwickelt als zu Beginn der Ölkrise erwartet worden sei. Wie in der Bundesrepublik kämpfe jedoch auch in den Niederlanden die Automobilindustrie und die Bauwirtschaft mit besonderen Schwierigkeiten. Trotz dieser insgesamt günstigen Entwicklung sei die Arbeitslosigkeit in den Niederlanden nicht zurückgegangen und man erwarte in den nächsten Monaten einen Stand von 175 000 Arbeitslosen. Auch wir bei ESTEL seien von dieser Entwicklung betroffen: So müßten die Vereinigte Buizenfabriken wegen der schlechten Auftragslage kurzarbeiten und zum 2. Dezember 1974 sei die HE-Radiatorenfabrik in Helden-Paningen geschlossen worden. Im übrigen bestehe bei Hoogovens in Ijmuiden ein nicht unbeträchtlicher Bedarf an Arbeitskräften. Offensichtlich sei die Mobilität der Menschen nicht groß genug, um diese Lücken zu schließen.

Bundesrepublik

Die Wirtschaft der Bundesrepublik beurteilte Josef Fischer insgesamt als noch immer ausreichend beschäftigt. Diese Feststellung gelte nach wie vor nicht für die Automobilindustrie und die Bauwirtschaft – Wirtschaftsbereiche, die zu unseren Hauptabnehmern zählten –, aber auch nicht für die Textilindustrie und einige Bereiche der Investitionsgüterindustrie. Die Auftragseingänge im Fahrzeugbau stagnierten auf niedrigem Niveau; einer nur geringfügig gestiegenen Nachfrage aus dem Inland in den letzten Monaten stehe ein Rückgang der Aufträge aus dem Ausland gegenüber. Die gute Beschäftigung im schweren Fahrzeugbau müsse als Sonderentwicklung gesehen werden, zu der vornehmlich umfangreiche Lieferverträge mit der UdSSR und dem Irak beigetragen hätten.

Die Bauwirtschaft stehe mitten in der schwersten Rezession der Nachkriegszeit. Wenn gegenwärtig eine gewaltige Zahl von Neubauwohnungen – die Schätzungen schwanken zwischen 150 000 und 300 000 – leer stünden und unverkäuflich seien, so dürfte hier – auch von großen Wohnungsbaugesellschaften – am Markt und am Bedarf vorbei gebaut worden sein, denn noch immer fehlten Wohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus.

Das Sofortprogramm der Bundesregierung zur Förderung der Konjunktur in Höhe von 950 Millionen DM bringe nur für Teilbereiche eine ge-

Die Zahl der zu bestellenden Betriebsärzte und Sicherheits-Fachkräfte werde durch die einzelnen Berufsgenossenschaften in Unfallverhütungsvorschriften festgelegt. Die für uns bedeutsamen Berufsgenossenschaften, nämlich die Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft und die Maschinenbau- und Kleinereisenindustrie-Berufsgenossenschaft, hätten bislang keine entsprechenden Vorschriften erlassen.

Unfallverhütung

Zur Entwicklung des Unfallgeschehens in den letzten Monaten nannte Walter Hölkeskamp einige Zahlen: In der Zeit von Januar bis September 1974 sei gegenüber dem Vorjahr die Unfallhäufigkeit im Hoesch-Bereich um rund 3,4 Prozent gefallen. Sie liege für die ersten neun Monate 1974 bei 71 Unfällen pro einer Million verfahrenen Arbeitsstunden. Fast alle Gesellschaften hätten zu diesem Rückgang beigetragen, lediglich in den Bereichen Hüttenwerke und Packband hätte sich die Unfallhäufigkeit erhöht. Walter Hölkeskamp appellierte an alle: „Dieses gute Ergebnis sollte uns beflügeln, in unseren Bemühungen nach mehr Arbeitssicherheit fortzufahren. Ich weiß, daß ich hier eure Unterstützung habe.“

Ausbildung und Fortbildung

Ein weiteres Gebiet, dem besondere Bedeutung zukomme, sei die Aus- und Fortbildung. In enger Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat im „Aus-schluß Berufsbildung der Hoesch Werke AG“, der sich aus Ausbildungs-

leitern der technischen und kaufmännischen Bereiche und Mitgliedern des Gesamtbetriebsrates sowie der Gesamtjugendvertretung zusammensetze, würden alle Fragen der Berufsausbildung behandelt, die einer einheitlichen Regelung bedürfen.

Zur Zeit stehen bei Hoesch insgesamt 1 637 Jugendliche in der Berufsausbildung, und zwar 1 187 in einer technischen und 450 in einer kaufmännischen. Für die technische Ausbildung seien im Herbst 1974 insgesamt 411 Auszubildende neu eingestellt; 44 mehr als im Vorjahr. Für die kaufmännische Berufsausbildung erhielten 179 Mädchen und Jungen einen Ausbildungsvertrag; fünf mehr als im vergangenen Jahr.

Wohnungswirtschaft

Zahlen, die sich sehen lassen können, nannte Walter Hölkeskamp auch auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft. So seien im Jahre 1973 514 Wohnungen und 1974 194 Wohnungen bezugsfertig geworden. Für den Wohnungsbau 1974/75 habe der Aufsichtsrat eine Summe von rund 7,4 Millionen DM für etwa 400 Wohnungseinheiten zur Verfügung gestellt. Das sei der bisher höchste Betrag, der nach Kriegsende für den Wohnungsbau in einer Summe bewilligt worden sei. Inzwischen habe man von diesem Betrag 6,1 Millionen DM für 327 Wohnungseinheiten verplant, von denen 279 im Raum Dortmund, 12 in Siegen und 36 in Wandhofen/Schwerte errichtet würden.

Neben dem Neubau von Wohnungen werde aber auch die Modernisierung der Altbauten gefördert, um unsere Wohnungen nach und nach

auf den Stand moderner Komfortwohnungen zu bringen. Hierfür seien vom Aufsichtsrat 2,3 Millionen DM bereitgestellt. Damit sollten in der Nähe des Borsigplatzes rund 160 Wohnungen modernisiert werden.

Walter Hölkeskamp wies darauf hin, daß der Mietzins in den von uns geförderten Stahlarbeiterwohnungen im Schnitt um 1,– DM bis 1,20 DM je Quadratmeter Wohnfläche niedriger liege als im anderweitig geförderten öffentlichen Wohnungsbau. Aufgrund bundesgesetzlicher Verordnungen sei Hoesch allerdings gezwungen, ab 1. 1. 1975 die Mieten für öffentlich geförderte Wohnungen zu erhöhen. Der Bundestag habe beschlossen, daß die Verwaltungskosten von 120,– DM je Wohnungseinheit und Jahr auf 180,– DM und die Instandhaltungskosten von 5,20 DM je Quadratmeter auf 7,90 DM erhöht werden müßten. Diese Erhöhung sei nach Meinung der Wohnungsbaugesellschaften aufgrund der bisher stattgefundenen Kostensteigerung unabwendbar, so daß auch wir diesem Zwang folgen müßten. Selbstverständlich würden die Mieterhöhungen im Einvernehmen mit den Betriebsräten oder Wohnungsausschüssen unserer Gesellschaften abgestimmt.

Walter Hölkeskamp schloß seine Ansprache mit den Worten: „Ich bin damit zum Abschluß meiner Ausführungen gekommen und möchte mich abschließend bei euch allen für die gute und faire Zusammenarbeit in diesem Jahr bedanken und damit gleichzeitig die Hoffnung verbinden, daß wir auch in Zukunft die bewährte und fruchtbare Zusammenarbeit weiter fortsetzen werden sowohl zum Wohl unserer Mitarbeiter als auch zum Wohl unserer Unternehmen.“

wisse Belegung; auch die jüngste Diskontsenkung um ein halbes Prozent dürfte kaum ausreichen, die Investitionsbereitschaft nachhaltig zu beleben. Allerdings solle auch nicht übersehen werden, daß sich in der Bauindustrie eine längst fällige Strukturbereinigung vollziehe. Die durch den jahrelangen Bauboom überhöhten Kapazitäten müßten auf ein gesundes Maß abgebaut werden.

Die Beschäftigungslage in den übrigen Hauptabnehmergruppen der Stahlindustrie nannte Josef Fischer unterschiedlich, im großen und ganzen jedoch zufriedenstellend. Allgemein gelte aber auch für den Maschinenbau, für die Investitionsgüterindustrie und für die EBM-Industrie, daß sie ebenfalls stark vom Export abhängig seien und daß sich auf sie zunehmend die Entwicklung in der Automobilindustrie und in der Bauwirtschaft auswirke, soweit sie Zulieferer dieser beiden Bereiche seien.

Wir alle seien bedrückt, betonte Josef Fischer, daß die Zahl der Arbeitslosen zur Zeit mit etwa 700 000 dreimal so groß sei wie die Zahl der offenen Stellen. Die Arbeitslosenquote erreiche fast 3,5 vH der abhängig Beschäftigten. Daneben habe es Anfang November 1974 in der Bundesrepublik rund 400 000 Kurzarbeiter gegeben, vor allem aus der Automobilindustrie.

Die wachsende Unsicherheit hinsichtlich der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik lasse sich auch daran erkennen, daß die privaten Verbraucher zurückhaltender disponierten, und daß die Sparneigung – offensichtlich aus Vorsorge – deutlich zunehme. Über Konjunkturstützprogramme der Bundesregierung bestehe noch keine Klarheit.

Mit diesen Bemerkungen beschloß Josef Fischer seine Ausführungen zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage und wendete sich dem Geschäftsverlauf unseres Unternehmens zu. Dabei hielt er sich an den organisatorischen Aufbau und sprach der Reihe nach über die vier Koordinationsgruppen Stahl, Verarbeitung, Handel und Diversifikation.

Koordinationsgruppe Stahl

Zur Koordinationsgruppe Stahl, die immer noch den Hauptteil an Vermögen und Umsatz stelle und den größten Anteil der Mitarbeiter beschäftige, stellte er zusammenfassend fest, daß sich das seit fast zwei Jahren anhaltende konjunkturelle Hoch in der Weltstahlindustrie abgeschwächt habe. Ob die Annahme zutreffe, daß es sich um eine vorübergehende Marktschwäche handle, bleibe abzuwarten.

Die Nachfrageausfälle im Zusammenhang mit den Produktionsrückgängen in der Automobilindustrie und im Bausektor dürften zumindest zu einem guten Teil durch höheren und zunehmenden Bedarf beispielsweise für Rohrleitungen, Bohrinnseln, für Kernkraftwerke und im Schiffbau ausgeglichen werden.

Die längerfristige Entwicklung am Weltstahlmarkt beurteilte Josef Fischer zuversichtlich. Aller Voraussicht nach werde der Ausbau der Stahlkapazitäten in den nächsten drei bis vier Jahren mit dem wachsenden Stahlbedarf nicht Schritt halten kön-

nen. Das sei nicht nur eine Frage der Finanzierung, sondern ebenso der Verfügbarkeit von Erzen und Koks. Während dieser Zeit dürfte Stahl – mit gewissen konjunkturellen Schwankungen und bei unterschiedlicher Entwicklung für die einzelnen Walzwerkezeugnisse – strukturell knapp bleiben. Der insbesondere in Entwicklungsländern und in Ostblockstaaten bestehende hohe Stahlbedarf lasse die Gefahr von drohenden Überkapazitäten in der Weltstahlindustrie gering erscheinen.

Die Stahlproduktion unserer Hüttenwerke in Dortmund habe in den ersten neun Monaten 1974 5,1 Millionen Tonnen gegenüber 4,8 Millionen Tonnen im Vergleichszeitraum 1973 betragen, das sei ein Anstieg um 7 vH. Dieser Anstieg ent falle hauptsächlich auf den Export. Der Exportanteil am Fremddabsatz werde von rund 29 Prozent im Jahre 1973 auf rund 36 Prozent im Jahre 1974 ansteigen.

In IJmuiden sei die Rohstahlproduktion in den ersten neun Monaten mit vier Millionen Tonnen aufgrund wiederholter betrieblicher Störungen nur um 1,7 Prozent höher als in der Vergleichszeit 1973. Der Exportanteil von 73,6 Prozent bei Hoogovens sei, bedingt durch die geografische Lage, immer wesentlich höher als der der Dortmunder Hüttenwerke.

Der Gesamtumsatz der Koordinationsgruppe Stahl habe sich in den ersten drei Quartalen 1974 um 34 Prozent erhöht gegenüber der gleichen Zeit 1973. Die Erlöse, vor allem für Lieferungen in Drittländer und in die Länder des Ostblocks, hätten sich im laufenden Geschäftsjahr deutlich gebessert. Trotz der beträchtlichen Kostensteigerungen aller Art sei ein erfreulich besseres Ergebnis erzielt worden.

Koordinationsgruppe Stahlverarbeitung

In der Koordinationsgruppe Stahlverarbeitung sei der Geschäftsverlauf in den ersten neun Monaten 1974, bedingt durch die unterschiedliche konjunkturelle Entwicklung in den belieferten Wirtschaftszweigen, nicht einheitlich gewesen.

Bei der Hauptproduktgruppe Oberflächenveredelte Erzeugnisse, also bei den Hoesch Siegerlandwerken, habe der Umsatz in der Berichtszeit zugenommen. Der Feinblechversand sei trotz lebhafter Exportnachfrage wegen des ungünstigen Inlandsmarktes ebenso rückläufig wie der von Bauteilen. Umsatzzunahmen seien dagegen bei den veredelten Produkten des Werkes Trier sowie insbesondere bei Weißblech, Weißband und Feinstblech zu verzeichnen.

Bei der Blefa wirke sich die Nachfrage nach Edelstahlblech sowie nach Preß-, Zieh- und Stanzteilen aus Edelstahl positiv aus. Bei Dachfenstern seien Umsatz und Versand wegen der Schwierigkeiten am Baumarkt rückläufig.

In der Hauptproduktgruppe Spezialprodukte, die vornehmlich Warmmittelband, Kaltmittelband, Profile aller Art, Verpackungsband und Federn herstelle, verzeichnen die Hoesch Werke Hohenlimburg-Schwerte trotz der Schwierigkeiten in den wichtigsten Abnehmergruppen, Automobilindustrie und Bauwirtschaft,

einen deutlichen Umsatzanstieg.

Bei der Dittmann & Neuhaus AG, die Lkw-Federn herstelle, sei der Umsatz wegen der guten Beschäftigungslage der Lkw-Hersteller höher als in der Vergleichszeit des Vorjahres.

Die Hoesch Packband GmbH erhöhte ihren Umsatz.

In der Hauptproduktgruppe Röhren konnten die Hoesch Röhrenwerke in der Berichtszeit auf einen starken Umsatzanstieg hinweisen. Diese günstige Entwicklung sei vor allem den guten Absatzmöglichkeiten auf den Auslandsmärkten, insbesondere für Leitungsrohre und Großrohre, zu verdanken.

Hoesch Rothe Erde-Schmiedag (Hauptproduktgruppe Formteile) berichtete ebenfalls über einen deutlichen Umsatzzuwachs; hieran seien vor allem Großwälzlager und Ringe beteiligt. Der Inlandsabsatz von Schmiedestücken sei durch die Schwierigkeiten in der Automobilindustrie besonders stark betroffen. Durch verstärkte Exportanstrengungen habe aber bisher ein voller Ausgleich geschaffen werden können.

Die Schwinn AG im saarländischen Homburg, die mit ihren Schmiedestücken nicht so stark auf die Pkw-Herstellung ausgerichtet sei wie Rothe Erde-Schmiedag, habe den Umsatz stark gesteigert. Auch das französische Werk in Hénin-Beaumont sei wesentlich besser ausgelastet als im Vorjahr.

Der Umsatzzuwachs der Hoesch Maschinenfabrik Deutschland nehme sich im Vergleich zu den anderen Gesellschaften recht bescheiden aus; dies liege aber an den Abrechnungs terminen für große Maschinen und Anlagen. MFD habe sich in den letzten Jahren mit ihren Rohrwerksanlagen international eine starke Marktposition geschaffen.

Koordinationsgruppe Handel

Der Umsatz der Koordinationsgruppe Handel habe sich in den ersten neun Monaten dieses Jahres sehr beachtlich erhöht.

Die Hoesch AG habe ihren Umsatz im Inland trotz erheblicher Schwierigkeiten in der Bauwirtschaft und der Automobilindustrie dank der guten Entwicklung des Lagergeschäfts gesteigert. Bei den Auftragseingängen zeige sich in den letzten Wochen jedoch ein spürbarer Rückgang.

Das Exportgeschäft habe sich – wie in vielen anderen Bereichen auch – insbesondere durch die große Nachfrage aus den Ostblockstaaten und den Entwicklungsländern überdurchschnittlich entwickelt. In den letzten Wochen sei jedoch auch im Exportgeschäft eine deutliche Abschwächung festzustellen.

Auf dem Schrottmarkt in der Bundesrepublik sei der mengenmäßige Umsatz leicht rückläufig, doch habe die Schrottverwertung Celler den Umsatz aufgrund der guten Schrottpreise stark gesteigert.

Das Brennstoffgeschäft sei in den ersten neun Monaten des Jahres nicht zufriedenstellend gewesen. Die Vorräte an Heizöl und festen Brennstoffen seien gegenwärtig höher als im vergangenen Jahr vor Ausbruch der Ölkrise.

Koordinationsgruppe Diversifikation

Für die Koordinationsgruppe Diversifikation, die neben dem Stahl und der Weiterverarbeitung ein drittes starkes Bein für unser Unternehmen werden solle, bestehe die Aufgabe, weltweit neue Aktivitäten zu entdecken, zu entwickeln und zum Erfolg zu bringen. Unter diesen Gesichtspunkten seien auch die Bemühungen zu sehen und zu verstehen, sich an Projekten wie etwa dem der Nickel-Gewinnung in Indonesien zu beteiligen. Im Rahmen solcher Überlegungen sei vor einiger Zeit auch die Esmil BV gegründet worden, eine Gesellschaft, die sich verstärkt der Bekämpfung der Umweltverschmutzung widmen werde.

Eine weitere Aufgabe der Koordinationsgruppe Diversifikation sei die Sicherung unseres Rohstoff- und Halbzeugbedarfs. So würden eine Reihe von Beteiligungsprojekten bearbeitet, die zur Sicherung unseres Kohle- und Erzbedarfs, aber auch der Halbzeugversorgung durch Beteiligung an überseeischen Stahlwerken dienen.

Übergang 1974/1975

Nach dem Bericht über die einzelnen Koordinationsgruppen ging Josef Fischer auf den Verlauf des 3. Quartals 1974 ein, in dem ESTEL gut abgeschnitten habe. Allerdings sei zu bedenken, daß heute mehr als früher aus dem Gewinn die Investitionen finanziert werden müßten. Fremdkapital sei knapp und teuer, der Kapitalbedarf groß: Wir müßten unsere Anlagen auf dem technisch neuesten Stand halten. Nur dann seien wir wettbewerbsfähig, nur dann könnten die Arbeitsplätze erhalten und nachhaltig gesichert werden.

Zur künftigen Entwicklung stellte Josef Fischer fest, daß eine Voraussage für das 1. Quartal 1975 schwierig sei. Die Auftragseingänge seien geringer, viele Unternehmer hielten sich zurück. Die Situation könne sich durch das Konjunkturprogramm der Bundesregierung bessern, wenn auch nicht sofort. Alles in allem könne es also sein, daß die ersten Monate 1975 nicht gerade leicht würden. Immerhin stärke das erwirtschaftete Ergebnis nicht nur unsere Eigenkapitalbasis, sondern auch unser Selbstvertrauen in die Zukunft. Es habe unsere Situation und Wettbewerbsposition verbessert, und wir alle dürften uns darüber freuen.

Josef Fischer schloß seine Ansprache mit dem Dank an alle Mitarbeiter und mit den zuversichtlichen Worten, daß es in gemeinsamer Bemühung gelingen müsse, das Jahr 1975 gut zu bestehen.

Neues Berufsbildungszentrum eingeweiht

Ausbildung, Umschulung und Fortbildung nun unter einem Dach

Nur elf Monate dauerte es vom ersten Spatenstich bis zur ersten Lehrerkonferenz im neuen Berufsbildungszentrum. Klare Formgebung und saubere Gestaltung kennzeichnen das neue Haus. Glas und Stahl bestimmen den Eindruck von außen, unverputzter Beton, Holz und pädagogische Zweckmäßigkeit dominieren innen. Alles ist da, was modernen Unterricht technisch erleichtert. Ausbildung, Umschulung und Fortbildung haben bei Hoesch einen neuen Mittelpunkt.

elektronisch gesteuertes Pult zur Verfügung. Drei Räume sind für Gruppenunterweisung, Konferenzen und Seminare eingerichtet. In allen Räumen, in denen Lehrveranstaltungen stattfinden, ist der Einsatz audio-visueller Einrichtungen möglich. So können zum Beispiel Fernsehprogramme aus dem Regieraum in die einzelnen Räume überspielt werden.

Im Untergeschoß des Verwaltungstraktes sind das Archiv mit Rollregalanlage, der Sanitätsraum und die Schülerbücherei untergebracht, die von der Werksbücherei Westfalenhütte versorgt wird.

Auch in bautechnischer Hinsicht ging man – wie bei verschiedenen Hoesch-Neubauten der letzten Jahre – neue Wege: In Zusammenarbeit mit der Firma Gartner wurde eine neue Variante der „Integrierten

▼ Das Gebäude von außen: Glas und Stahl vereinigt zur integrierten Fassade, von der die Belüftung und teilweise auch Heizung ausgeht

Fassade“ entwickelt. Die Ausführung übernahm die Hoesch Siegerlandwerke AG. Zusätzliche Lüftungseinrichtungen schaffen ganzjährig optimale Arbeitsbedingungen. Bei dem hier angewandten System übernehmen Stahlprofile der integrierten Fassade die Führung der Zuluft in die Arbeits- und Unterrichtsräume. In der Halle sind die Fassadenpfosten wasserführend und Bestandteil der Heizungsanlage.

Die Wände der Halle auf beiden Etagen und die einiger Nebenräume boten sich dazu an, wechselnden Wandschmuck anzubringen. Für die ersten Monate nach dem Eröffnungstermin sind wertvolle Teppiche und Bilder zeitgenössischer anerkannter Künstler ausgestellt – Leihgaben der Junior-Galerie in Goslar, einer mit Hoogovens verbundenen Gesellschaft. Fortlaufende Wechselausstellungen werden Malereien und Zeichnungen ebenso umfassen wie Fotos und Demonstrationen bis zu Prüfungsarbeiten technisch Auszubildender.

Drei Bereiche der Bildung

Das neue Haus vereinigt berufliche Bildungsveranstaltungen aus den drei Bereichen Berufsausbildung, berufliche Umschulung und innerbetriebliche Fortbildung. In der Kaufmännischen Werksschule erhalten jährlich rund 450 kaufmännisch Auszubildende ihre theoretische Grundausbildung.

Günstig auswirken wird sich die unmittelbare Nachbarschaft zu den Ausbildungswerkstätten für die technische Ausbildung der Hüttenwerke, denn das neue Gebäude kann auch für die theoretische Ausbildung im technischen Bereich genutzt werden. Die zwei Ausbildungswerkstätten der Hoesch Hüttenwerke Dortmund, die sich als dezentralisierte Einrichtungen bewährt haben, durchlaufen durchschnittlich 570 technisch Auszubildende. Auch die benachbarte Betriebskrankenkasse Hoesch hat die Möglichkeit, das

Bildungszentrum für die Ausbildung und Fortbildung zu nutzen.

Daneben steht das Haus der beruflichen Umschulung offen. Zahlreiche Mitarbeiter machen im kaufmännischen wie im technischen Bereich von unseren innerbetrieblichen Umschulungsmaßnahmen Gebrauch. Dazu gehören auch mehrere der Fachlehrgänge für Mitarbeiter im technischen Bereich. Im letzten Geschäftsjahr nahmen an diesen Lehrgängen über 2200 Mitarbeiter teil.

▼ Beim Rundgang nach der Eröffnung: Frau Hellenbroich erläutert Bundesminister Rohde die Einrichtung eines Schreibmaschinenraumes. V. l. n. r.: Frau Hellenbroich, Minister Rohde, Ausbildungsleiter Hoffmann, Vorstandsmitglied Walter Hölkeskamp, IHK-Geschäftsführer Sahrhage, Hoesch-Generalbevollmächtigter Dr. Vogel, IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Keunecke und Hoesch-Berufsbildungsleiter Tripp



◀ Jeder Schülerplatz in den drei Räumen für Schreibmaschinenunterricht ist mit elektrischer Schreibmaschine und Diktiergerät ausgerüstet



▲ Das neue Berufsbildungszentrum umfaßt fünfzehn Schulungsräume, darunter ein Sprachlabor mit vierzehn Plätzen

Das neue Berufsbildungszentrum an der Kirchderner Straße in Dortmund war notwendig geworden, weil das vor vierzehn Jahren von der Bergberufsschule Kaiserstuhl übernommene Gebäude an der Glückaufstraße zur Erfüllung der immer umfangreicher werdenden Aufgaben der Berufsbildung nicht mehr ausreichte. 1969 mußten sogar zwei Baracken aufgestellt werden, um den Unterricht für die kaufmännisch Auszubildenden und für verschiedene Fortbildungslehrgänge fortführen zu können. Provisorisch eingerichtete Kellerräume dienten als Lehrerzimmer und Klassenräume.

Zahlreiche Arbeitstagungen für Führungskräfte, vom Ausbilder und Meister bis zum oberen Management, mußten jahrelang in Hotels stattfinden.

Das neue Haus

Das neue Berufsbildungszentrum liegt verkehrsgünstig am Eingang der Hoesch-Sport- und Erholungsanlage. Die Nähe der Werkschänke erleichtert ganztägige Fortbildungsveranstaltungen.

Der Neubau hat drei Funktionsbereiche:

- den zweigeschossigen Unterrichtstrakt,
- den dreigeschossigen Gebäude- trakt für Lehrkräfte, Verwaltung und unterrichtstechnische sowie allgemeine Einrichtungen,
- die Eingangs- und Pausenhalle zwischen beiden Gebäudeteilen. Für Unterricht, Konferenzen und Seminare stehen insgesamt fünfzehn Schulungsräume zur Verfügung. Zu ihnen gehören ein Sprachlabor für Fremdsprachenunterricht und drei Räume für Schreibmaschinenunterricht. Jeder Schülerplatz ist neben der elektrischen Schreibmaschine mit einem Diktiergerät ausgestattet. Dem Lehrer steht ein



▲ Hier treffen sich die Lehrer der Kaufmännischen Werkschule zu ihren Konferenzen. V. l. n. r. die Fachlehrer Pauls, Eikmeier, Zierau, Woelkie, Schulleiter Loose, Prien, Hellenbroich, Schäfer und Fiebig

► Frau Dr. Wulf gibt in einem der Schulräume eine Einführung in die Betriebswirtschaftslehre

▼ Eingangs- und Pausenhalle



4. Dezember 1974 seiner Bestimmung übergeben wurde, begrüßte Walter Hölkeskamp vom Vorstand der Hoesch Werke AG zahlreiche Gäste – unter ihnen an erster Stelle Helmut Rohde, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, den Dortmunder Bürgermeister Wilhelm Reinke, Dr. Keuncke als Vertreter der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund und Helmut Neukirch als Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

In seiner Ansprache stellte Walter Hölkeskamp einleitend das neue Berufsbildungszentrum und seine Aufgaben vor. Zusammenfassend betonte er: „Dieses Gebäude gewährleistet nach unserer Ansicht mit verhältnismäßig einfachen Mitteln optimale Schulungsbedingungen, die auch für den öffentlichen Schulbau – vor allem in immissions-

Gegenteil: Die Einstellungen erhöhten sich von 531 im Vorjahr auf 590. Allerdings seien auch die Bewerbungen von 1906 im Vorjahr auf 2 837 gestiegen. „Unsere Ausbildung wird also – so glaube ich – geschätzt, und darauf dürfen wir stolz sein. Bei Hoesch durchlaufen jährlich 1 600 Jugendliche eine kaufmännische oder technische Berufsausbildung.“

Fast zehn Prozent der Gesamtbelegschaft nahmen an inner- und außerbetrieblichen Seminaren und Lehrgängen teil. In diesem Zusammenhang dürfte interessieren, daß Hoesch 1973 für die Berufsausbildung, berufliche Fortbildung und Umschulung etwa 25 Millionen DM aufgewendet habe (ohne Investitionen). Sicherlich werde sich dieser Betrag in den nächsten Jahren noch fühlbar erhöhen.

An Bundesminister Rohde gerichtet, erklärte Walter Hölkeskamp, Hoesch begrüße den von der Regierung vertretenen Standpunkt, daß bei allen Reformen des beruflichen Bildungswesens stärker als bisher

▼ Blick auf einen kleinen Tischkreis im großen Seminarraum – bei einem Seminar für Führungskräfte zum Thema Lärmschutz



▲ In diesem Seminarraum tagt der Ausschuß für Berufsausbildung, dem Ausbildungsleiter und Betriebsratsmitglieder angehören



Dritte Aufgabe des Berufsbildungszentrums ist die innerbetriebliche Fortbildung. Der größte Teil der Fortbildungsmaßnahmen in Form von Arbeitstagungen, Seminaren und Lehrgängen fand bisher in meist ländlich gelegenen Hotels statt. Viele dieser Veranstaltungen werden ins neue Berufsbildungszentrum übersiedeln.

Auch Bildungs- investitionen fördern Wettbewerbsfähigkeit

Zur Feierstunde, mit der das neue Hoesch-Berufsbildungszentrum am

gefährdeten Gebieten – beispielgebend sein könnten.“

Danach stellte er heraus, wie wichtig Investitionen auch auf dem Gebiet der Berufsbildung seien. Der Bau des neuen Hauses sei der Beweis dafür, daß der Vorstand der Hoesch Werke AG und der Vorstand ESTEL Investitionen für die Berufsbildung als eine der Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens betrachteten.

Im Sommer dieses Jahres sei mancherorts der Rückgang von Ausbildungsstellen beklagt, vielleicht zuweilen auch polemisch dargestellt worden. Bei Hoesch habe es keinen Rückgang gegeben. Im

der Rat und die Erfahrungen aus der betrieblichen Praxis berücksichtigt würden. Mit Genugtuung habe man bei Hoesch zur Kenntnis genommen, daß die Bundesregierung die Bedeutung der betrieblichen Berufsausbildung anerkenne und sie als eine der beiden Säulen im dualen System neben der schulischen Bildung bestehen lassen wolle. Das sei nach unserer Überzeugung ein guter Weg. Sachorientierte bildungspolitische Zielsetzungen sollten von der Erkenntnis ausgehen, daß die Integration der Heranwachsenden in die Berufs- und Arbeitswelt nur Erfolg verspräche, wenn die betriebliche Praxis dabei einen festen Platz habe.

Die heutige betriebliche Berufsausbildung leiste einen wesentlichen Beitrag zur Erziehung der jungen Menschen zur Mündigkeit, zur Kooperationsbereitschaft und Mitverantwortung, also zu zeitgemäßem Sozialverhalten.

Walter Hölkeskamp schloß seine Ansprache: „Ich glaube sagen zu können: Nur im Betrieb kann der Jugendliche seinen Beruf wirklich kennenlernen, nur im Betrieb gewinnt er Einblicke in die vielfältigen sozialen Beziehungen in der Arbeitswelt und findet Verständnis für Ansichten und Probleme anderer Menschen. Hoesch gehört zu den Unternehmen, die sich der Verantwortung um qualifizierte Ausbildung und Fortbildung nie entzogen haben. Daß wir über den Augenblick hinausdenken, dafür ist dieses neue Berufsbildungszentrum ein sichtbarer Beweis.“

Nach Walter Hölkeskamp sprach Helmut Rohde, der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, zur augenblicklichen Situation und zur angestrebten Entwicklung der beruflichen Bildung aus der Sicht der Bundesregierung. Sein Vortrag folgte im Wortlaut auf den folgenden Seiten.

Für die Stadt Dortmund überbrachte Bürgermeister Wilhelm Reinke im Namen des Rates Grüße und gute Wünsche. Für den Gesamtbetriebsrat sprach Albert Pfeiffer. Er stellte unter anderem fest: „Der Gesamtbetriebsrat der Hoesch Werke AG – und darüber hinaus wohl die Betriebsräte aller Hoesch Gesellschaften – haben es nicht erst seit den erweiterten Bestimmungen im Betriebsverfassungsgesetz von 1972 für ihre Aufgabe gehalten, an der qualifizierten Heranbildung unseres Nachwuchses und an den Voraussetzungen für vielseitige Fortbildungsmöglichkeiten mitzuwirken. Wir nehmen es ernst mit dem Recht, darauf zu achten, daß junge Menschen beim ersten Schritt in das Berufsleben bei Hoesch alle fachlichen und menschlichen Hilfen bekommen und daß darauf aufbauend jeder Mitarbeiter Gelegenheit findet, sich seiner Eignung und Fähigkeit entsprechend weiterzubilden.“

Abschließend dankte Wolfgang Tripp, Leiter der Hoesch Berufsbildung, für das neue Haus, das alle Voraussetzungen für eine noch bessere Berufsausbildung und berufliche Fortbildung bei Hoesch erfülle. Er sagte: „So bleibt mir zum Schluß nur eines übrig: den Mitarbeitern der Hoesch Berufsbildung und allen, die in Zukunft in diesem Gebäude wirken werden – ob Auszubildende, ob Facharbeiter, ob Sachbearbeiter, ob Betriebsräte, ob Führungskräfte, ob Lehrer, ob Dozenten, ob Seminarleiter – ein frohes Schaffen und recht viel Erfolg zu wünschen.“

Heinz Solbach auch im Vorstand der Hoesch AG



vom 1. Januar 1975 an auch zum Vorstandsmitglied der Hoesch AG bestellt.

Heinz Solbach wurde am 4. März 1918 in Eichen, Kreis Siegen, geboren. Er besuchte in Kreuztal die Rektoratsschule. Ende 1932 begann er bei der Geisweider Eisenwerke AG die kaufmännische Lehre. 1938 wurde er Direktionssekretär. Nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft übernahm Heinz Solbach die Verkaufsleitung des Geisweider Werkes.

Mit Gründung der Stahlwerke Südwestfalen 1951 wurde Heinz Solbach der Aufbau der Verkaufsorganisation und 1953 die kaufmännische Leitung der Werksgruppe Hagen übertragen. 1956 wurde er zum Vorstandsmitglied der Stahlwerke Südwestfalen und 1968 in den Vorstand der damaligen Hoesch AG berufen. Seit Gründung der ESTEL NV Hoesch-Hoogovens vor zwei Jahren ist Heinz Solbach auch Mitglied des ESTEL-Vorstandes.

Heinz Solbach, Vorstandsmitglied der ESTEL NV Hoesch-Hoogovens und der Hoesch Werke AG, wurde nach dem Ausscheiden von Friedrich Wilhelm Hüme (Heft 12/1974)

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft zur Eröffnung des neuen Hoesch-Berufsbildungszentrums

Helmut Rohde: Ja zur betrieblichen Berufsbildung Nein zu Verstaatlichung oder Verschulung

Ich habe Anlaß, Ihnen aufrichtig dafür zu danken, daß ich zur Einweihung dieser neuen Ausbildungsstätte eingeladen worden bin. Damit will ich auch meinen Respekt vor den Leistungen und den Investitionen erweisen, die hier und an anderer Stelle in der Wirtschaft auf dem Gebiete der betrieblichen Ausbildung erbracht worden sind.

Reformdiskussion versachlichen

Der heutige Besuch, mit dem auch Diskussionen mit den für die berufliche Bildung Verantwortlichen dieses Betriebes verbunden gewesen sind, gehört zu der notwendigen Information des Bildungsministers über Ansichten und Erfahrungen der Praxis. Die Bundesregierung meint es ernst mit der Regierungserklärung, in der steht, daß die Reform der beruflichen Bildung nicht über die Köpfe der Beteiligten hinweg vorgenommen werden soll. Sie verbindet damit allerdings auch einen Anspruch: daß diese Reformdiskussion sich versachlicht und daß sie ihren Ausgangspunkt dort sieht, wo er nicht anders liegen kann, nämlich bei der Erfüllung der Ausbildungsansprüche der jungen Generation.

Diese Ausbildungsansprüche zu unterstreichen, hat nicht nur soziale und bildungspolitische Gründe. Ihr liegt auch die Erkenntnis zugrunde, daß wir als Industrieland wie andere Industrieländer auf Facharbeit in Zukunft angewiesen sind. Ich weiß aus den Gesprächen mit Kollegen aus Regierungen anderer Industrieländer, welche Anstrengungen gemacht werden, um die Facharbeit in ihrem modernen Sinne zu fundieren. Um dieses Problem deutlich zu machen, habe ich kürzlich – sicherlich überspitzt – gesagt, daß im Hinblick auf neue Formen der internationalen Arbeitsteilung, denen wir uns angesichts der weltwirtschaftlichen Strukturveränderungen gegenübersehen, kein Industrieland davon ausgehen könne, daß es sich in den achtziger Jahren gleichsam als eine Koalition von Ungelernten auf der einen und Akademikern auf der anderen Seite behaupten könne.

Berufliche Bildung und Hochschulausbildung

Ich will allerdings auch vor falschen Alternativen warnen. Es geht nicht um die Frage Hochschule oder berufliche Bildung. Genauso wie ich in bildungspolitischen Diskussionen der vergangenen Jahre mehr als skeptisch der Auffassung gegenüberge-



standen habe, daß berufliche Bildung an Gewicht verlieren könne, genauso deutlich möchte ich heute davor warnen, Leistungsfähigkeit und Bildungsauftrag der Hochschulen zu vernachlässigen. Worauf es ankommt, ist: berufliche Bildung und die anderen Formen der schulischen Bildung sowie der Hochschulausbildung ihren jeweiligen Erfordernissen entsprechend in das Gesamtbildungssystem einzupassen.

Das heißt, ein Bildungssystem zu entwickeln, daß sich in all seinen Teilen in einem relativen Gleichgewicht befindet.

Berufsausbildung – eine quantitative und qualitative Frage

Dabei erhebt sich allerdings die Frage, ob heute schon die Lage der beruflichen Bildung der Tatsache gerecht wird, daß nach wie vor 75 Prozent einer Altersklasse ihren Weg in das Arbeitsleben über die berufliche Bildung nehmen. Diese sich mit dem Hinweis auf die 75 Prozent verbindende Frage, hat sowohl eine quantitative als auch eine qualitative Seite.

Quantitativ ist die Frage aufzuwerfen, mit welchen Tendenzen wir in den nächsten Jahren hinsichtlich des Lehrstellenangebots vermutlich zu rechnen haben. Qualitativ handelt es sich um die Inhalte der beruflichen

Bildung und vor allem auch darum, welche Chance für den weiteren Lebensweg durch Ausbildungswege im beruflichen Bildungsbereich eröffnet werden. Das letzte heißt konkret, ob die Lebensentwicklung des einzelnen nur definiert wird durch die Art der Erstausbildung und den damit verbundenen Zertifikaten, oder ob es uns gelingt, in der weiteren Zukunft ein Bildungssystem zu entwickeln, in dem auch berufliche Erfahrung und Bewährung einschließlich Weiterbildung sich genauso auswirken können für den einzelnen wie das Zertifikat der Erstausbildung – sei es im Schul- oder im Hochschulbereich.

Ich weiß, welches Gewicht die berufliche Bildung für eine große Zahl von Jugendlichen in der Zukunft weiterhin haben wird. Lassen Sie mich darum einiges zu der quantitativen Seite sagen:

Wenn wir die Bilanz unserer Erfahrungen in den letzten Jahren aufmachen, dann stellen wir fest, daß das Lehrstellenangebot seit Mitte der 50er Jahre in einer Reihe von Bereichen rückläufig ist. Hinzu kommt der Tatbestand, daß bestimmte Gebiete der Bundesrepublik, vor allem die wirtschaftlich schwachen Regionen, beachtliche Berufsbildungsdefizite aufweisen. Und schließlich haben wir den Sachverhalt vor uns, daß heute in der Wirtschaft nur 16 Pro-

zent der Betriebe ausbilden. Der allgemeine Hinweis, die Wirtschaft bilde aus, ist also unpräzise; denn wie gesagt: nur 16 Prozent der Betriebe bilden aus, während die übrigen 84 Prozent weithin von den Ausbildungsleistungen dieser 16 Prozent profitieren.

Hinzu kommt die nach unserer Meinung wichtige Ausbildungsstruktur, mit der wir nach wie vor zu rechnen haben: 400 000 Jugendliche der insgesamt 1,3 bis 1,4 Millionen, die sich in beruflicher Ausbildung befinden, erhalten ihre Ausbildung in Betrieben bis zu neun Beschäftigten. Geht man eine Stufe höher, dann sind es etwa 700 000 Jugendliche, die in Betrieben bis zu 50 Beschäftigten ausgebildet werden. Die Klein- und Mittelbetriebe sind also überwiegend an der Ausbildung beteiligt.

Hier entsteht für die Zukunftspläne eine Frage von großem Gewicht, wie denn nun eigentlich ein Großteil dieser Klein- und Mittelbetriebe all die Anforderungen qualitativer Art erfüllen soll, die durch neue Ausbildungsordnungen vorgeschrieben sind. Wir brauchen in diesen Bereichen überbetriebliche Ausbildungsstätten. Sie sollen die Ausbildung in den Klein- und Mittelbetrieben nicht ersetzen, sondern ergänzen und vor allem in den wirtschaftlich schwachen Gebieten Ausbildungsfähigkeit und -kraft stärken und erhalten.

So sieht, mit wenigen Strichen

skizziert, die Angebotsseite aus. Soweit es die nach beruflicher Bildung nachfragenden Jugendlichen angeht, stehen wir vor folgenden Tatbeständen: Obwohl in den vergangenen Jahren die Zahl derjenigen, die zu weiterführenden Schulen sowie Hochschulen gehen, zugenommen hat, ist die Zahl derjenigen Jugendlichen, die nach beruflicher Ausbildung fragen, nahezu konstant geblieben. Hinzu kommt, daß in den letzten Jahren, und das ist eine erfreuliche Erscheinung, der Anteil der Jugendlichen, der gleich nach Abschluß der Schulzeit als ungelernter Arbeiter tätig ist, zurückgegangen ist. Das heißt aber auf der anderen Seite, daß damit die Zahl derjenigen, die nach beruflichen Ausbildungsstellen nachfragen, zunimmt. Schließlich haben wir damit zu rechnen, daß in den nächsten Jahren geburtenstarke Jahrgänge die Schulen verlassen werden und von daher auch eine zusätzliche Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen einsetzen wird. Wir können davon ausgehen, daß in den nächsten drei bis vier Jahren zwischen 50 000 und 70 000 Jugendliche zusätzlich nach Ausbildungsplätzen fragen werden. Schließlich haben wir auch zu berücksichtigen, daß ein nicht unbeachtlicher Teil von Abiturienten qualifizierte berufliche Ausbildungswege suchen wird, die eine Alternative zum Hochschulstudium darstellen.

Nun kann man nicht davon ausgehen, daß diese Tendenzen, die ich hinsichtlich von Angebot und Nachfrage genannt habe, gleichsam durch den vielbeschworenen „Markt“ von selbst ins Gleichgewicht gebracht werden. Es muß vielmehr dafür bessere Vorsorge und bessere Vorausschau getroffen werden, als das heute vielfach der Fall ist.

Voraussetzungen für ein leistungsfähiges Berufsbildungssystem

Nach meiner Meinung ergibt eine kritische Würdigung unseres jetzigen Berufsbildungssystems, daß es in dreierlei Hinsicht noch nicht genügende Voraussetzungen aufweist, um den Herausforderungen gerecht zu werden, von denen ich gesprochen habe:

Erstens gibt es keine zureichende Abstimmung der Ausbildungsinhalte im schulischen und beruflichen Bereich. Die Bundesregierung will keine Verstaatlichung und keine Verschulung der beruflichen Bildung, um das an dieser Stelle offen zu sagen. Aber sie muß darauf bedacht sein und will dafür sorgen, daß die beiden Lernorte der beruflichen Bildung, die sich mithin auch in Zukunft in Betrieb und Schule vollziehen soll, in eine bessere Beziehung zueinander gebracht werden. Diejenigen, die erfahren sind auf diesem Felde, wissen genau, was es bedeutet, wenn die Rahmenlehrpläne der Berufsschulen auf der einen Seite und die Ausbildungsordnungen für die betriebliche Ausbildung auf der anderen Seite schwerwiegend voneinander abweichen.

Das zweite ist, daß wir offensichtlich keine zureichenden Instrumente der Vorausschau und der Vorsorge im beruflichen Bildungsbereich

haben. Es gibt noch nicht einmal eine ausreichende Berufsbildungsstatistik, die es dem Bildungsminister nach Amtsübernahme im Mai dieses Jahres ermöglicht hätte, einer interessierten Öffentlichkeit zu sagen, wie das Ausbildungsangebot 1974 eigentlich beschaffen ist. Er mußte seine Zuflucht nehmen zu den Mitteln der Meinungsumfrage bei 10 000 Schulabgängern, um wenigstens eine Tendenzaussage über die Entwicklung in diesem Jahre zu machen. Dabei hat sich übrigens herausgestellt, daß zum ersten Mal seit Jahren die Entwicklung des Lehrstellenangebotes wieder Tendenzen zur Konsolidierung aufgewiesen hat, insbesondere durch das Angebot von mehr Lehrstellen im Bereich des Handwerks.

Es ist nicht zutreffend, wenn gesagt worden ist, weil Reformdiskussionen über die berufliche Bildung eingesetzt haben, habe es Schwierigkeiten mit den Lehrstellen gegeben. Die stärkste Reduzierung im Lehrstellenangebot haben wir 1970/71 mit 20–30 Prozent gehabt, also in einer Zeit, in der kaum über Reformen in der beruflichen Bildung geredet worden ist.

Die Reduktion im Angebot von Lehrstellen in den 60er Jahren und Anfang der 70er Jahre hat, wie Sie selbst aus eigener Beobachtung sicherlich wissen, nicht zu vorsorgenden Handlungen der Beteiligten geführt. Sie waren noch nicht einmal Gegenstand der öffentlichen Diskussion, von daher kann man sagen, daß das Frühwarnsystem, das System der Vorausschau und der Vorsorge im Bereich der beruflichen Bildung, nicht zureichend funktioniert. Jetzt erhalte ich beispielsweise aus einigen Landkreisen Hinweise darauf, daß ein Großteil der Schulabgänger keinen Ausbildungsplatz finde. Das alles sind keine so überraschenden Daten, wie sie im ersten Augenblick scheinen. Wie sich die Zahl der Schulabgänger entwickelt und wie auf der anderen Seite sich das regionale Ausbildungsangebot angesichts der Wirtschaftsstruktur in einem Gebiet darstellt, sind Daten, die bei einer vorausschauenden Politik schon früher ablesbar sind.

Dieses Ablesen, diese Vorausschau, dieses Planen müssen wir in Zukunft auf den Weg bringen – vor allem angesichts der Zuwachszahlen, die ich genannt habe.

Wobei ich eines noch in diesem Zusammenhang anführen will: daß wir in den nächsten Jahren geburtenstarke Jahrgänge haben, die die Schulen verlassen, heißt für die Gesamtgesellschaft auch, daß sie durch Ausbildungsinvestitionen die soziale und ökonomische Leistungsfähigkeit für die Zukunft sicherstellen muß. Denn die Jugendlichen, die jetzt die Schulen verlassen, werden diejenigen sein, die in den 80er und 90er Jahren mit einer dann völlig veränderten Bevölkerungsstruktur das Sozialprodukt in unserem Lande, die Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Leistung, zu erwirtschaften haben.

Und schließlich ist drittens festzustellen, daß es für die berufliche Bildung keine genügende finanzielle Absicherung gegenüber konjunkturellen Schwankungen auf der einen Seite und strukturellen Veränderungen auf der anderen Seite gibt. Die Bundesregierung versucht, diesen

Problemen durch kurzfristige Maßnahmen und zum anderen durch längerfristig angelegte Konzeptionen gerecht zu werden.

Zu den kurzfristigen Maßnahmen gehört der Anteil der Mittel im Bundeshaushalt, die für die berufliche Bildung zur Verfügung gestellt werden. Er wird von diesem zum nächsten Jahr verdoppelt. Hier werden Korrekturen deutlich; insbesondere sollen mehr Mittel für überbetriebliche Ausbildungsstätten verfügbar werden. Schließlich achten wir darauf, daß in allen Konjunkturprogrammen, die seit meiner Amtsübernahme auf den Weg gebracht werden, auch finanzielle Angebote gemacht werden, die Trägern der beruflichen Bildung Möglichkeiten für Investitionen im beruflichen Bildungsbereich eröffnen. Wir gehen also davon aus, daß bei wirtschaftlichen Veränderungen Investitionen nicht nur in der Wirtschaft im engen Sinne vorgenommen werden, sondern auch Investitionen im Bereich der beruflichen Bildung und Weiterbildung, damit sich die Arbeitnehmer auf die aus Strukturveränderungen erwachsenen neuen Anforderungen vorbereiten können.

Weiterbildung der Ausbilder

Und schließlich haben wir für die Ausbilder – eine wesentliche Gruppe der beruflichen Ausbildung, die in den letzten Jahren vielfach zu Unrecht im Schatten der Berufsbildungsdiskussion gestanden hat – neue Angebote auf den Weg gebracht. Die Termine der Ausbildungs-Eignungsverordnung wurden angesichts des Tatbestandes, daß viele Ausbilder ihre Prüfung noch nicht ablegen konnten, verlängert. Außerdem werden Fortbildungsangebote in den 3. Programmen der Fernsehanstalten für die Ausbilder ausgetraht. Im übrigen freue ich mich ganz besonders, daß die Ausbildungsstätte, die hier geschaffen worden ist, auch der Weiterbildung und der ständigen Qualifizierung der Ausbilder dienen soll.

Da wir nicht überall Fortbildungsmöglichkeiten wie diese vorfinden, will die Bundesregierung auch ihrerseits einen Beitrag leisten, indem sie Haushaltsmittel für das nächste Jahr zur Verfügung stellt, um ein Ausbilderförderungs- und Fortbildungszentrum der Ausbilder zu errichten. Wir sagen offen, daß wir in Zukunft besser als bisher Anforderungen an die Ausbilder auch mit Angeboten zur Fortbildung und zur Unterstützung ihrer Arbeiten und Leistungen verbinden wollen.

Verbesserung der Berufsschulsituation

Schließlich möchte ich noch auf ein anderes ernstes Problem hinweisen: Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß auch die Berufsschule in Zukunft im Rahmen der Gesamtbildungsinvestitionen einen besseren Rang haben muß. Das ist Gegenstand der Beratungen in der Bund-Länder-Kommission, die sich in diesen Wochen mit dem sehr schwierigen Problem zu beschäftigen hat, wie die mittelfristigen finanziellen Grundlagen für die Bildungsplanung bis zum Jahre 1978 gesichert werden können. Daß das unter veränderten wirt-

schaftlichen und finanziellen Voraussetzungen keine leichte Aufgabe ist, können Sie sich vorstellen. Der Bund drängt darauf – und wir sind sicher, daß wir dabei auch das Verständnis der Länder finden – daß in den Prioritäten der weiteren Entwicklung die Berufsschule einen veränderten, das heißt besseren Platz erhält. Das bedeutet: räumlicher Ausbau der beruflichen Schulen und Abbau des Lehrermangels in den Berufsschulen. Wir verbinden damit die Hoffnung, daß mit diesem äußeren Ausbau der Berufsschulen auch Anstrengungen zur inhaltlichen Erneuerung und Weiterentwicklung verbunden werden. Es kommt für die Zeit der beruflichen Bildung und Ausbildung nicht nur auf fachbezogenes Wissen an, das Schwergewicht und Kern der Ausbildung ist, sondern auch darauf, daß den jungen Menschen durch Vermittlung von Allgemeinbildung bessere Voraussetzungen mit auf den Weg gegeben werden.

Über diese kurzfristigen Maßnahmen hinaus, die bereits neue Weichenstellungen zugunsten des beruflichen Schulwesens einleiten, bereitet die Bundesregierung eine Reform der beruflichen Bildung vor, mit der die langfristigen Grundlagen für ein quantitativ ausreichendes und qualifiziertes Ausbildungsplatzangebot gesichert werden sollen. Diese Reform knüpft an die drei Kriterien an, die ich genannt habe, nämlich:

Erstens eine bessere Abstimmung zwischen den an der beruflichen Bildung Beteiligten zu erreichen, vor allem auf Bundesebene. Wer davon ausgeht, daß auch in Zukunft Betrieb und Schule Lernort der beruflichen Bildung sein sollen, muß dafür sorgen, daß diejenigen, die für diese Lernorte Verantwortung tragen, auch auf zentraler Ebene – dort, wo die Rahmenplanungen entwickelt werden – in gemeinsamer Verantwortung zusammenwirken. Wir wollen in Bonn ein kooperatives System, das die Zusammenarbeit der an der Berufsbildung Beteiligten sicherstellt, d. h., öffentliche Verantwortung soll mit der Mitbestimmung der an der beruflichen Bildung Beteiligten verbunden werden. Das sind einmal der Staat, repräsentiert nicht nur durch den Bund, sondern auch durch die Länder, die ihrerseits Träger des beruflichen Schulwesens sind, zum anderen die ausbildende Wirtschaft und zum dritten die Arbeitnehmer, vertreten durch die Gewerkschaften. Es soll besser als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist, eine Abstimmung zwischen der Ausbildung in den Schulen und den Betrieben erreicht werden. Dabei sollen auch strittige Fragen, etwa des Berufsgrundbildungsjahres, geklärt werden.

Wir stehen auch vor der Aufgabe, neue Ausbildungsordnungen für neue Bildungswege zu ermitteln. Sie wissen aus Beobachtungen oder teilweise auch aus eigener Erfahrung, daß viele Berufsbildungswege, mit denen wir traditionell zu tun hatten, durch die Veränderungen in der Wirtschaft in die Geschichte abgesunken sind. Andererseits hat es neuere Entwicklungen in der Wirtschaft und in Zweigen der Dienstleistungsbereiche gegeben, die noch nicht durch neue Ausbildungsordnungen im Sinne neuer Ausbildungswege für die Ju-

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 23

Wer?

Horst Schmidt, 43, Systemanalytiker bei der Zentralen Datenverarbeitung der Hoesch Werke AG und seit 1951 bei Hoesch, hat einen prämierten Verbesserungsvorschlag gemacht

Warum?

Im Bereich Personalwesen benutzen fünfzehn Konzerngesellschaften die gleichen Programme für die Gehaltsabrechnung und Personalführung. Die häufigen Veränderungen und Erweiterungen erfordern ein hohes Maß an aktueller Information über den jeweiligen Stand des von ZDH bereitgestellten Programmsystems

Wie?

Horst Schmidt verbesserte den Informationsfluß zu den Fachabteilungen und die Kommunikation der Abteilungen untereinander durch eine maschinell geführte zentrale Dokumentation



Wer?

Heinrich Fiebig, 32, und seit 1965 bei Hoesch, Günter Klauke, 36, und seit 1966 bei Hoesch, Helmut Patrick, 33, und seit 1969 bei Hoesch, Max Peter, 36, und seit 1954 bei Hoesch, Peter Schwier, 31, und seit 1965 bei Hoesch und Edgar Sieberg, 34, und seit 1964 bei Hoesch, sind als Systemoperatoren bei der Zentralen Datenverarbeitung der Hoesch Werke AG beschäftigt und haben gemeinsam ihren ersten Verbesserungsvorschlag gemacht

Warum?

Die sechs Systemoperatoren meinten, daß es möglich sein müsse, das „Laden“ von Magnetbändern oder Magnetplatten mit Daten zu beschleunigen

Wie?

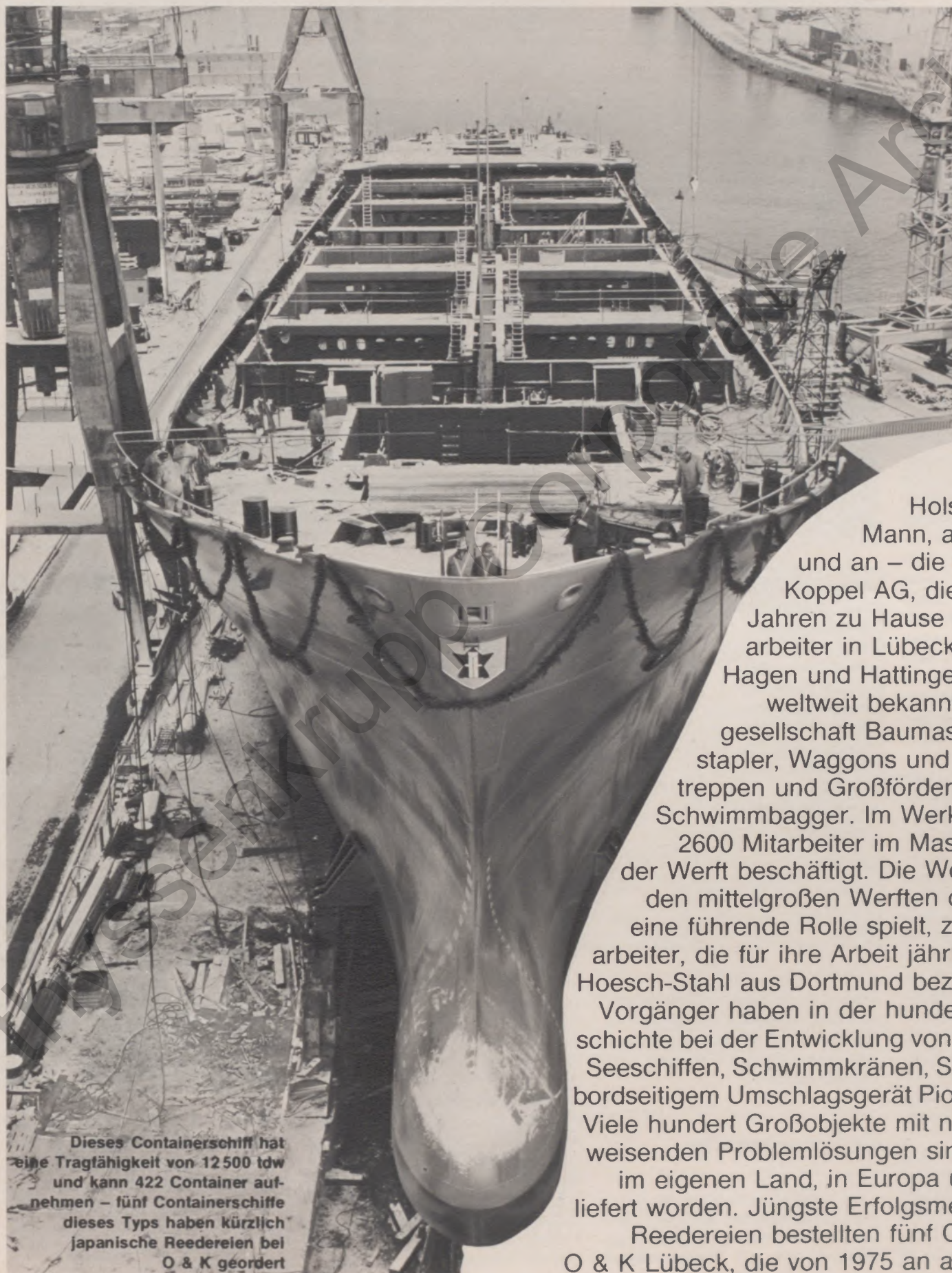
Sie schlugen ein verändertes Ladeprogramm vor, durch das eine MB-Einheit frei wird, das Magnetbänder einspart und den Gesamtdurchsatz erhöht



Der kluge Mann schlägt vor

Gesellschaften	Eingereichte Verbesserungsvorschläge	Eingereichte Verbesserungsvorschläge je 1000 Beschäftigte	Eingereichte Verbesserungsvorschläge	Eingereichte Verbesserungsvorschläge je 1000 Beschäftigte	Summe der Geldprämien für prämierte Verbesserungsvorschläge
Nach Vorschlagshäufigkeit geordnet	November 1974		Oktober 1974		Jan. bis Nov. 1974
Hoesch Werke Hohenlimburg-Schwerte AG	112	17,9	110	17,4	89 167
Hoesch Packband GmbH	7	13,8	7	13,6	3 680
Blefa AG	6	8,7	2	2,9	2 972
Hoesch Rothe Erde-Schmiedag AG	20	5,4	49	13,3	28 920
Hoesch Röhrenwerke AG	12	5,2	4	1,7	79 834
Hoesch Hüttenwerke AG	86	3,2	70	2,6	389 760
Schrottverwertung Celler GmbH	2	3,1	—	—	1 245
Hoesch Siegerlandwerke AG	11	2,6	6	1,4	42 386
Hoesch Maschinenfabrik Deutschland AG	1	0,9	3	2,8	2 275
Hoesch Handel AG	1	0,5	3	1,5	580
Hoesch Brennstoffhandel GmbH	—	—	—	—	—
Schwinn AG	—	—	7	15,1	3 300
Dittmann & Neuhaus AG	—	—	6	10,2	235
Hoesch Werke AG Hauptverwaltung	—	—	1	0,6	7 217
Hoesch Konzern	258	5,0	268	5,2	651 571

Ihre Stärke: Ideen, Mut und viel Erfahrung



Dieses Containerschiff hat eine Tragfähigkeit von 12500 tdw und kann 422 Container aufnehmen – fünf Containerschiffe dieses Typs haben kürzlich japanische Reedereien bei O & K geordert

Lübeck – wer Lübeck hört, denkt an Hanse, an Marzipan, an die Ostsee, ans Holstentor, an Thomas Mann, an die Marienkirche und an – die O & K Orenstein & Koppel AG, die hier seit über 100 Jahren zu Hause ist. Rund 9000 Mitarbeiter in Lübeck, Berlin, Dortmund, Hagen und Hattingen bauen bei dieser weltweit bekannten Maschinenbau-gesellschaft Baumaschinen und Gabelstapler, Waggonen und Lokomotiven, Rolltreppen und Großförderergeräte, Schiffe und Schwimmbagger. Im Werk Lübeck sind rund 2600 Mitarbeiter im Maschinenbau und bei der Werft beschäftigt. Die Werft allein, die unter den mittelgroßen Werften der Bundesrepublik eine führende Rolle spielt, zählt rund 1100 Mitarbeiter, die für ihre Arbeit jährlich 12 000 Tonnen Hoesch-Stahl aus Dortmund beziehen. Sie und ihre Vorgänger haben in der hundertjährigen Werftgeschichte bei der Entwicklung von Schwimmbaggern, Seeschiffen, Schwimmkränen, Schiffsentladern und bordseitigem Umschlagsgerät Pionierarbeit geleistet. Viele hundert Großobjekte mit neuartigen richtungsweisenden Problemlösungen sind für Auftraggeber im eigenen Land, in Europa und in Übersee geliefert worden. Jüngste Erfolgsmeldung: Japanische Reedereien bestellten fünf Containerschiffe bei O & K Lübeck, die von 1975 an ausgeliefert werden.

Die Leistungsfähigkeit des traditionsreichen Fabrik- und Werftbetriebes an der Trave ist eindrucksvoll zu belegen. Seit 1948 haben 128 Seeschiffe, 101 Schwimmbagger, zehn große Schiffsentlader und sieben Schwimmkräne die Werft verlassen.

Bahnbrechende Entwicklungen bei O & K

Aus dem Bau eines seegehenden Laderaumsaugbaggers, der 1901 geliefert wurde, hat sich der Bau von Spezialschiffen und später auch der Bau von Fracht- und Fährschiffen mit Dampfmaschinen- und Dieselmotor-Antrieb entwickelt. Im Rahmen einer solchen Entwicklung gab es manche Höhepunkte, die von Einfallsreichtum, nüchternem Kalkül und mutigem Pioniergeist der Techniker und Ingenieure bei O & K zeugen. Aus der zurückliegenden Zeit hier drei Beispiele:

Als die Werft 1923/25 zwei gleiche 3 500 tdw Dampfschiffe „Cyril“ und „Dan“ baute, wurde erstmalig bei einem der Schiffe statt des bis dahin üblichen Plattenruders ein Profiltruder eingebaut und erprobt. Auf den Probefahrten der Schiffe wurde nicht nur festgestellt, daß das mit diesem Ruder ausgestattete Schiff „Dan“ reichlich einen halben Knoten schneller war als „Cyril“, sondern vor allem bei den Drehkreisversuchen eine unerwartet bessere Ruderwirkung besaß. Nach diesem Erfolg hat das Profiltruder wenig später seinen Siegeszug im Schiffbau der ganzen Welt angetreten.

Der im Jahre 1936 abgelieferte Frachtdampfer „Nordcoke“ mit seinen großen stählernen Fallluken deckeln wies ebenfalls eine Besonderheit auf. Diese Deckel machten die sonst üblichen Schiebebalken, Scheerstöcke, Holzdeckel, Persennige, Schalklatten und Schalkkeile überflüssig und verkürzten die Öffnungs- und Schließzeiten der Luken auf sieben bis acht Minuten – also auf einen Bruchteil der früher benötigten Zeit. Die neuen Lukenverschlüsse, die für damalige Zeiten bereits ungewöhnliche Abmessungen aufwiesen, haben die nachfolgende technische Entwicklung bahnbrechend beeinflusst.

Auch die nach dem Ende des zweiten Weltkrieges gebauten sogenannten „Potsdam“-Schiffe mit einer Vermessung von 1 500 BRT haben große Beachtung gefunden. Als erstes Schiff dieser Bauserie

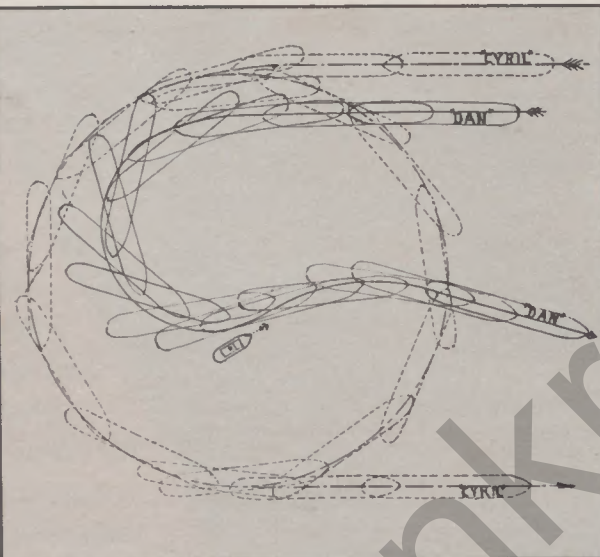
wurde am 21. 1. 1950 der Dampfer „Brook“ abgeliefert. Sehr geschickt hat die Werft damals verstanden, im Rahmen der durch die Kontrollratsdirektive Nr. 37 gegebenen Auflagen und Beschränkungen ein Schiff ungewöhnlicher Tragfähigkeit zu verwirklichen.

Heute liegt im Schiffbau der Schwerpunkt auf der Entwicklung und dem Bau von Spezialschiffen, von Container- und Kühlcontainer-

▼ Eine Besonderheit im Schwimmbaggerbau ist der 1974 nach Südafrika gelieferte Laderaumsaugbagger „D. E. Paterson“, dessen Laderaum 2830 Kubikmeter Baggergut faßt



Zu den bahnbrechenden Erfindungen von O & K gehört das Profiltruder, das – wie Versuche in der Entwicklungszeit 1925 zeigten – den Drehkreis der Schiffe entscheidend verringerte



schiffen, von Tankschiffen zum Transport flüssiger Chemikalien, von Mehrzweckfrachtschiffen für Stückgut- und Massenguttransporte, von Trailerschiffen, Fahrgast- und Autofährschiffen.

Containerschiffe

Zu den Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit gehören Containerschiffe mit 12 500 tdw Tragfähigkeit, die 422 Normcontainer

aufnehmen können – ein Drittel als Kühlcontainer für Frucht- und Fleischfahrt.

Vier solcher Schiffe sind bisher von der Lübecker Werft an die Münchner Cosima Reederei-Gruppe geliefert und von dort an die Hamburg-Süd zum Einsatz in der Columbus-Linie zwischen Nordamerika und Australien/Neuseeland chartert worden. Ein fünftes Schiff desselben Typs ist bei O & K in Auftrag gegeben worden und wird im Herbst 1975 ausgeliefert.

Aufgrund der guten Erfahrungen, die mit den inzwischen abgelieferten Schiffen im praktischen Betrieb gemacht wurden, sowie aufgrund der guten Liefer- und Preiskonditio-

nen hat zum ersten Mal nach dem zweiten Weltkrieg eine japanische Reederei drei Containerschiffe dieses Typs bei O & K in Lübeck bestellt. Diese Schiffe sind für den Dienst zwischen Japan und Südostasien vorgesehen. Sie werden zwischen Ende 1975 und Mitte 1976 ausgeliefert. Zwei weitere, etwas größere Einheiten mit einer Tragfähigkeit von 622 Normcontainern sind inzwischen von einem anderen japanischen Auftraggeber für Lieferung bis Ende 1976 bei O & K bestellt worden.

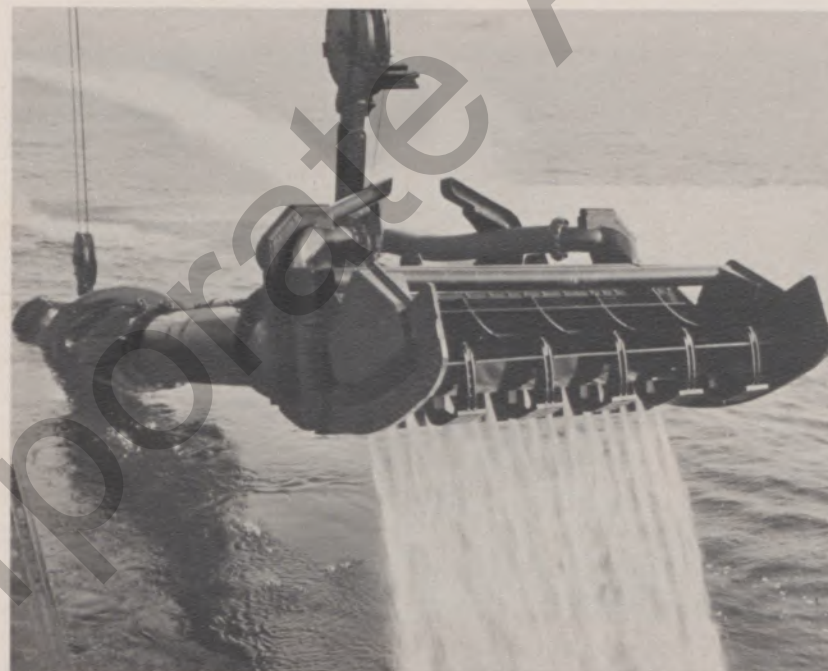


◀ Der Urahn allen Schiffbaus bei O & K ist dieser seegehende Laderaumsaugbagger, der 1901 gebaut wurde

▼ Beispiel für eine O & K-Spezialentwicklung im Schwimmbaggerbau ist dieser Schleppsaugkopf, der über druckwasserbetriebene Düsen den Meeresboden auflockert

Chemikaliientanker

Angesichts des ständig zunehmenden Transportes von Chemikalien aller Art über See hat O & K Lübeck in enger Zusammenarbeit



falls aus Edelstahl gefertigt. Im Hinblick auf die oft sehr gefährlichen Eigenschaften der zu befördernden Ladung wird der Lade-, Fahr- und Löschbetrieb durch umfangreiche Sicherheitseinrichtungen ständig überwacht.

Selbstentladesystem und Querstrahlsteuer

Aufmerksamkeit verdient auch das von der Werft entwickelte Selbstentladesystem CONFLOW, mit dem sich Massengutschiffe unabhängig von Umschlagseinrichtungen am Kai selbsttätig entladen. Der kanadische Bulkcarrier „Ralph Misener“, der Eisenerz auf den Großen Seen in Nordamerika/Kanada transportiert, ist mit einem CONFLOW-Gerät ausgerüstet, das eine Umschlagsleistung bis zu 4 000 Tonnen in der Stunde erreicht. Weitere CONFLOW-Geräte sind auf Massengutschiffen für den Kohletransport in Indonesien eingesetzt.

Im Dienste des zügigen Ladungsumschlages vom Schiff an Land oder umgekehrt stehen ferner die Einzel- und Doppelbordkrane. Sie sind sowohl für den Greiferumschlag als auch für den Umschlag von Containern geeignet. Die wirt-

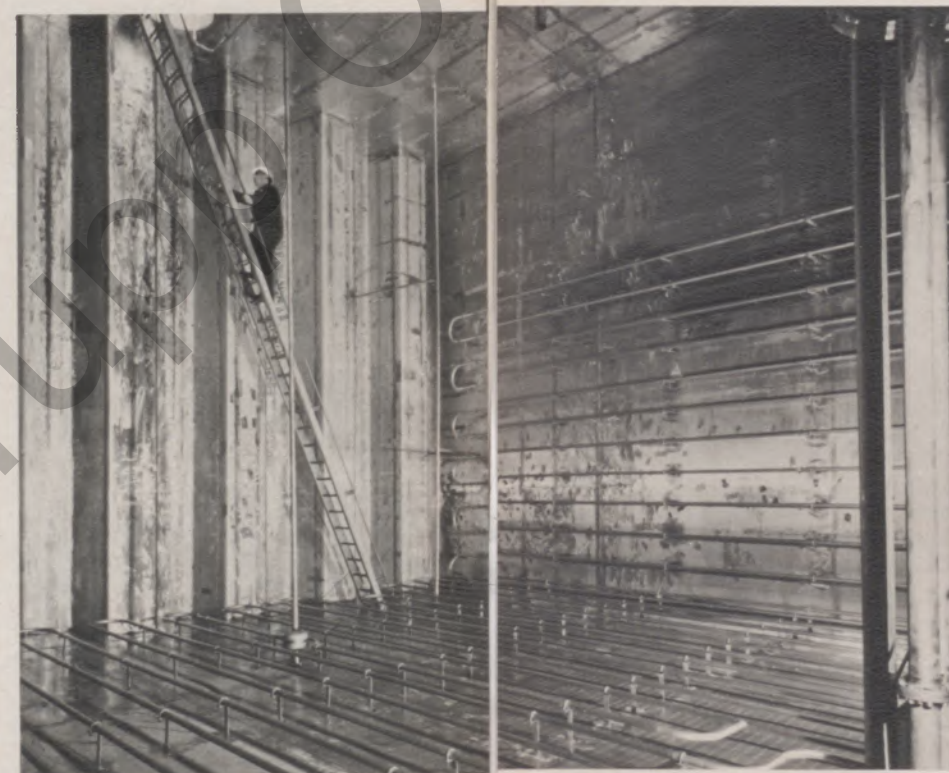
▼ Stapellauf eines Eimerkettenbaggers – dieser älteste Fertigungsweig des Lübecker Werkes genießt besonders guten Ruf in aller Welt



mit einer deutsch-französisch-portugiesischen Reederei-Gruppe in kurzer Zeit einen geeigneten Schiffstyp entwickelt und den Auftrag auf Lieferung von drei Einheiten einholen können. Diese Schiffe zeichnen sich dadurch aus, daß der gesamte Mitteltankbereich von acht Einzeltanks aus hochwertigem, nichtrostenden Edelstahl hergestellt wird. Damit sind diese Schiffe in der Lage, sehr aggressive Chemikalien, wie Phosphorsäure, ohne Schwierigkeiten zu befördern. Rohrleitungen, Pumpen und Armaturen sind eben-

schaftlichen Vorteile der Krane in Zwillingsausführung liegen darin, daß die beiden auf einer gemeinsamen Plattform aufgestellten Einzelkrane sowohl unabhängig als auch gekoppelt für doppelte Last betrieben werden können.

„Made by O & K“ ist auch das TORNADO-Querstrahlsteuer, das als Manövrierhilfe das An- und Ablegen der Schiffe aller Größen wesentlich erleichtert und entscheidend zur Sicherheit des Schiffes selbst, aber auch zum Schutz der Kai- und Hafenanlagen beiträgt.



▲ Blick in einem aus hochwertigen nichtrostenden Edelstahl hergestellten Einzeltank eines O & K-Chemikaliientankers

Schwimmbagger

Ältester Fertigungsweig des Lübecker Werkes ist der Schwimmbaggerbau. Dieser Fertigungsweig hat dem Werk bereits früh einen guten Ruf und Anerkennung in der ganzen Welt eingebracht. 1877 wurde der erste dampfangetriebene Eimerkettenschwimmbagger mit dreißig Kubikmeter je Stunde Bodenfördermenge und fünf Meter Baggartiefe ausgeliefert. In den folgenden Jahren konnte der Lübecker Schwimmbaggerbau im Zusammenhang mit den immer umfangreicheren wasserbaulichen Maßnahmen in aller Welt – wie Flußregulierung, Kanal- und Hafenbauten oder Küstenschutz – immer mehr Fuß fassen und wesentlich zu neuen technischen Lösungen beitragen. Wenngleich die beiden Weltkriege und deren Folgen die Entwicklung beeinträchtigt haben, mag doch allein aus der Zahl der seit 1948 für Abnehmer in der ganzen Welt gebauten und gelieferten Geräten die Leistungsfähigkeit und Bedeutung dieses Fertigungszweiges hervorgetreten:

- 28 Eimerkettenbagger
- 50 Schneidkopfsaugbagger
- 25 selbstfahrende Schleppkopfladeraumsaugbagger
- 6 Saugbagger und schwimmende Pumpstationen
- 7 Schwimmkrane

dazu verschiedenes Baggerzubehör unterschiedlicher Art und Größe, wie Baggerpumpen, Winden, Absperrschieber, Saugrohre, Gelenke, Rohrkupplungen, Nachsaugventile und Schwimmrohrleitungen.

Wenn irgendwo in der Welt ein Schwimmbaggerprojekt heranreift, läßt man den fachkundigen Rat von O & K Lübeck nicht außer acht. Erst kürzlich haben Auftraggeber aus Taiwan und dem Irak das Lübecker Werk mit dem Auftrag zum Bau von drei Laderaumsaugbaggern mit Kapazitäten von 2 400 und 3 000 Kubikmeter Laderauminhalt betraut. Der jüngste Auftrag auf diesem Gebiet ist ein Nachbau des 1974 nach Südafrika gelieferten Saugbaggers „D. E. Paterson“, dessen Laderaum 2 830 Kubikmeter Baggergut faßt.

Josef Scherer 60 Jahre alt



Humanistische Gymnasium in Essen-Borbeck und absolvierte von 1934 bis 1937 eine kaufmännische Lehre bei der Gutehoffnungshütte AG. 1938 trat er in die Abteilung Verkauf Walzmaterial der Dortmund-Hörder Hüttenunion AG ein, wo er 1952 Handlungsbevollmächtigter und drei Jahre später Prokurist wurde. 1963 wurde Josef Scherer in den Vorstand der Friedrichshütte AG, Herdorf, berufen, und seit 1964 gehört er dem Vorstand der früheren Hüttenwerke Siegerland AG und heutigen Hoesch Siegerlandwerke AG an. Josef Scherer ist auch Mitglied der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer, Siegen, Mitglied im Vorstand der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und der Walzstahl-Vereinigung, Vorsitzender der Fachgruppe Verzinktes Blech und des Verzinkerei-Verbandes sowie stellvertretender Vorsitzender der Fachgruppe Weißblech.

Am 18. Dezember 1974 vollendete Josef Scherer, Vorstandsmitglied der Hoesch Siegerlandwerke AG, das 60. Lebensjahr. Vor 36 Jahren trat er in die Dienste der Hüttenunion, seit elf Jahren ist er Vorstandsmitglied der Siegerlandwerke.

Josef Scherer wurde in Essen-Frintrop geboren, besuchte das

Mitarbeiter spenden Spielzeug

Gerade recht zu Weihnachten kam eine Spende für geistig behinderte Kinder des Sonderkindergartens Iserlohn. Von einem Kollegen – Vater eines geistig behinderten Kindes – angesprochen, ergriff Willi Ronning – Betriebsratsmitglied im Federnwerk – die Initiative, steckte vierzig DM, die er beim Luftballonwettfliegen auf dem Oeger Volksfest gewonnen hatte, ins Sparschwein und warb unter seinen Kollegen weitere Spenden für diesen guten Zweck.

Drei Monate stand das Sparschwein in der Kantine des Federnwerkes. Als man es am 5. Dezember 1974 leerte, waren 310,- DM zusammengekommen! Davon wurde Spielzeug gekauft, das am 5. Dezember 1974 Erika Reddie, Leiterin des Kindergartens, überreicht wurde. Auf unserem Bild v. l. n. r.: Erika Reddie, Gerd Rabener, Willi Ronning, Horst-Egon Menekes, Betriebsleiter im Federnwerk, und Paul Borggreffe, Vorsitzender der Lebenshilfe e. V.



Thema: Lärm am Arbeitsplatz

Am 11. Dezember 1974 fand die erste von insgesamt fünf gleichlautenden Veranstaltungen zu einem aktuellen arbeitswissenschaftlichen Thema statt. Dieses vom Arbeitswissenschaftlichen Arbeitskreis der Hoesch Werke AG angeregte und von der Abteilung Berufsbildung Hoesch ESTEL durchgeführte Seminar „Lärm am Arbeitsplatz“ dient der Information der leitenden Führungskräfte des Hoesch-Konzerns und vermittelt neue wissenschaftliche Erkenntnisse der Grundlagenforschung sowie rechtliche und prak-



tische Aspekte des Lärms und der Lärmbekämpfung am Arbeitsplatz. Den Teilnehmern stellten sich zu diesem Themenkreis vier Sachkenner, die ihr Thema interessant und informativ darstellten. Begrüßt wurden die Teilnehmer, die vorwiegend aus dem Bereich der Hoesch Hüttenwerke AG kamen, von Klaus Scheibe, dem Leiter der Sozialabteilung der Hoesch Werke AG. Er wies auf die Maßnahmen hin, die der Arbeitswissenschaftliche Arbeitskreis nach seiner Konstituierung auf dem Gebiet des innerbetrieblichen Lärms bereits angeregt hat. Danach sprach Professor Jansen (Bild oben) über die „Physiologischen Grundlagen und den Stand der Untersuchungen über die Auswirkungen des Lärms auf den Menschen“. Den „Industrielärm aus rechtlicher Sicht“ behandelte Rechtsanwalt Nordhues von der Rechtsabteilung der Hoesch Werke AG. Dipl.-Ing. Eickelpasch von der Hoesch Hüttenwerke AG referierte über „Messung und Beurteilung des Lärms am Arbeitsplatz“, Dipl.-Ing. Bauer, beratender Akustik-Ingenieur, über die Möglichkeiten der Lärmbekämpfung.



Westfalenpost

Betrüger „abgeblitzt“ Hausfrau ließ sich nicht übertölpeln

Masche mit der Sterbekasse mißglückt

Attendorf. Eine Familie am Grafweg wurde am Freitag gegen 10.30 Uhr von einem Mann aufgesucht, der sich als Außenbeamter der Hoesch-Sterbekasse ausgab. Er erklärte, daß sich die Beiträge um 10 DM für den Ehemann und 5 DM für die Ehefrau erhöht hätten und er die Nachzahlungen von Januar 1973 bis einschließlich Dezember 1974 einziehen müsse. Die Frau, deren Mann bei der Firma Hoesch beschäftigt ist, verlangte den Ausweis des angeblichen „Außenbeamten“. Darauf drohte dieser die Mitgliedschaft zu streichen, wenn nicht sofort gezahlt würde. Als die Frau bei der Firma telefo-

nisch nachfragen wollte, verschwand der Besucher.

Er wird wie folgt beschrieben: ca. 35 Jahre, etwa 1,80 m groß, schlank, schwarzes glänzendes (pomadisiertes?) und zurückgekämmtes Haar, dunkle Sonnenbrille, dunkler Rollkragenpullover, dunkler Rock.

Die Firma Hoesch hat erklärt, daß es sich um einen Betrüger gehandelt habe. Kein Vertreter der Firma sei in einer solchen Angelegenheit unterwegs.



Kinder bitten:
Sei mein
Schutzengel!

Konzernarbeitskreis für außertarifliche Angestellte



Die Sprecher der Arbeitskreise für Führungskräfte der Unternehmen im Hoesch-Konzern und die Angestelltenvertreter der Betriebsräte trafen sich auf Einladung der IG Metall, um einen „Konzernarbeitskreis für außertarifliche Angestellte“ zu gründen. Arbeitskreise dieser Art hatte die IG Metall schon vor einigen Jahren in den einzelnen Hoesch-Unternehmen gebildet. Betriebschef Heinz Caspers (Bild) von den Hüttenwerken, wurde zum Vorsitzenden des Konzernarbeitskreises gewählt. In seiner Ansprache erklärte er: „Der außertarifliche Personenkreis, das heißt die Angestellten oberhalb des

Tarifes und unterhalb der Vorstandsebene sitzen immer noch zwischen den Stühlen . . . sind immer noch verunsichert . . . bedürfen der gewerkschaftlichen Vertretung . . . Wir wollen mit diesem Arbeitskreis dem Betriebsrat ein Instrument in die Hand geben, das er für die Betreuung der AT-Angestellten im Interesse unserer Organisation und der Betroffenen selbst nutzen kann.“ Stellvertretende Vorsitzende des neugegründeten Arbeitskreises wurden Erwin Müller, Hoesch Maschinenfabrik Deutschland, und Fritz H. Döring, Hoesch Siegerlandwerke. Nach eingehender Erörterung der Situation der „Angestellten in Leitungsfunktionen“ wurde einstimmig gefordert, die außertariflichen Angestellten in den Schutz von Tarifverträgen einzubeziehen. Die Tarifkommission der IG Metall und die Arbeitgeberverbände sollen aufgefordert werden, den Geltungsbereich der Tarifverträge auszuweiten und entsprechende tarifpolitische Maßnahmen einzuleiten.

Hoesch MFD- Spiralrohrwerk nach Belgien

650 Gäste aus dem In- und Ausland waren auf Einladung der belgischen Societè Anonyme des Usines à Tubes de la Meuse in Lüttich-Femalle-Haute in das neue Spiralrohrwerk gekommen, das die Hoesch Maschinenfabrik Deutschland in einer Rekordzeit gebaut und montiert hatte. Die Spiral-Schweißmaschine fertigt Rohre bis zu einem Durchmesser von 1620 Millimeter in Längen von 8 und 16 Meter, die Wanddicke kann bis 20 Millimeter betragen. Das belgische Unternehmen hat bereits eine zweite Maschine bestellt, um den steigenden Bedarf an spiralgeschweißten Rohren zu decken.

Kranke bitten um Hilfe

INTERESSEN- und HILFSGEMEINSCHAFT MS-KRANKER e. V.
D O R T M U N D

46 Dortmund-Gartenstadt
Karl-Prümer-Straße 13
Tel. (0231) 412645

Liebe Mitbürgerin und lieber Mitbürger!

Gestatten Sie, daß wir für wenige Minuten Ihre Aufmerksamkeit auf ein Problem lenken, das jeden einzelnen von uns angeht oder angehen sollte.

Es handelt sich um die Situation der Multiple-Sklerose-Kranken. Von den ca. 90 000 MS-Kranken im gesamten Bundesgebiet leben einige hundert hier in Dortmund in völliger Isolation und Hoffnungslosigkeit. Es sind zumeist junge Menschen in den zwanziger und dreißiger Jahren, aber auch 40 bis 60jährige, die von dieser heimtückischen Krankheit befallen und nun völlig gelähmt auf unsere Hilfe und Unterstützung angewiesen sind.

Um hier sinnvoll und tatkräftig helfen zu können, hat sich ein Personenkreis zusammengefunden und die

INTERESSEN- und HILFSGEMEINSCHAFT MS-KRANKER e. V.

gegründet, mit dem Ziel, für unsere gelähmten Mitbürger eine TAGES-STÄTTE zu schaffen, um sie aus ihrer Isolation herauszuführen und ihnen in einem schönen Tagesheim menschliche Kontakte zu vermitteln. Was diese Kranken aber ebenso dringend benötigen, ist eine besondere natur-nahe Diät, die in jahrzehntelanger ärztlicher Forschung für diese Kranken entwickelt wurde, die sie sich aber in einer Industriestadt ohne unsere Hilfe nicht beschaffen können.

Die Situation dieser Mitbürger ist so trostlos, daß schnelle Hilfe not tut. Um ein geeignetes Haus bauen zu können, benötigen wir die Mithilfe unserer Mitbürger, d. h. Ihre finanzielle Unterstützung.

Auch kleine Beträge helfen!

Hier unsere Bitte: Werden Sie Mitglied der INTERESSEN- und HILFSGEMEINSCHAFT MS-KRANKER e. V. oder unterstützen Sie unsere Bestrebungen durch Spenden auf das

Konto der Stadtparkasse Dortmund	251 008 396
Postscheckkonto Dortmund	28030-460

Eine steuerbegünstigte Spendenbescheinigung wird gemäß § 4 Absatz 1 Ziffer 6 KStG ausgestellt.

Dürfen wir auf Ihre Mithilfe rechnen? Für Ihre Hilfsbereitschaft danken wir Ihnen zugleich im Namen der vielen MS-Kranken in unserer Stadt, die durch diese Initiative neuen Lebensmut geschöpft haben.

Mit freundlichen Grüßen

INTERESSEN- und HILFSGEMEINSCHAFT
MS-KRANKER e. V.

Der Vorstand



„Wünschen Sie etwas zu lesen?“
Gisela Döge und Carola Döhling
bieten Patienten im Hütten-
hospital Lesestoff an

Buchausleihe der Hoesch-Bücherei im Hoesch-Hüttenhospital

„Was mit Liebe bitte!“

„Na, heute lesen Sie ja schon wieder!“ sagt der Stationsarzt aufmunternd am Bett der Patientin, die am Tag zuvor Hals über Kopf ins Hüttenhospital eingeliefert und am Blinddarm operiert worden ist. Auf der Bettdecke liegt ein umfangreiches Buch, eines von den dicken, vor denen man meist ein bißchen Angst hat, wenn man nicht dran bleiben kann und den Faden verliert. Im Krankenhaus kommt es manchem gerade zurecht...

Seit Oktober vorigen Jahres leiht

die Hoesch Bücherei im Hoesch Hüttenhospital jeden Mittwoch Bücher aus. Zwei Mitarbeiterinnen der Werksbücherei Phoenix fahren ins Hüttenhospital. Aus dem Buchbestand – neue Bücher, die extra fürs Krankenhaus angeschafft wurden – wird der Bücherwagen beladen. Dann gehen Gisela Döge und Carola Döhling von Zimmer zu Zimmer. Leser werden beraten und fragen selbst nach bestimmten Autoren. Ein junger Mann antwortet auf die Frage: „Wünschen Sie etwas

zu lesen?“ eher skeptisch: „Tierbücher haben Sie doch nicht!“ Trotz des kleinen Bestandes im Krankenhaus ist etwas dabei. „Eins mit Liebe bitte!“ möchte eine Patientin auf Station 2. Ein junger Mann liest gerne Reisebeschreibungen. Andere lieben Sachbücher, gute Romane oder auch – gar nichts. Die Erfahrungen bestätigen, was man vermutete: Die Palette muß breit sein, auch wenn man mit insgesamt 200 Bänden auskommt, weil die Leser ja ständig wechseln.



In der Werksbücherei Phoenix wurden die Bücher für die Ausleihe im Krankenhaus ausgewählt und katalogisiert. Auf unserem Bild v. l. n. r.: Gisela Lessing, Carola Döhling, Gisela Döge und Wolfgang Krenek

Hoesch Messekalender 1974

1974 war Hoesch auf 16 Messen und Ausstellungen im In- und Ausland vertreten. Wo und was wir im vergangenen Jahr ausstellten, zeigt unser „Messekalender 1974“. An welchen Messen wir uns 1975 beteiligen wollen, gibt die Aufstellung auf dieser Seite wieder.

Vorschau auf den Hoesch Messekalender 1975

25. 1. bis 2. 2.	Essen
DEUBAU – 7. Deutsche Baufachausstellung	
2. 2. bis 9. 2.	Verona
SA.MO.TER – Internationale Fachmesse für Bau- und Erdbewegungsmaschinen	
14. 2. bis 23. 2.	Brüssel
BATIBOUW – Internationale Baufachausstellung	
9. 3. bis 16. 3.	Leipzig
Leipziger Frühjahrsmesse	
15. 3. bis 23. 3.	München
Internationale Handwerksmesse	
13. 3. bis 25. 3.	Moskau
Sonderausstellung der Bundesrepublik Deutschland in der UdSSR	
16. 4. bis 24. 4.	Hannover
Hannover-Messe	
8. 5. bis 11. 5.	Köln
Fachausstellung Dach und Wand	
9. 5. bis 15. 5.	Düsseldorf
INTERPACK – Internationale Messe für Verpackungsmaschinen, Verpackungsmittel, Süßwarenmaschinen	
5. 6. bis 8. 6.	Stuttgart
R 75 – Internationale Rolladenfachmesse	
8. 6. bis 17. 6.	Posen
Internationale Technische Messe	
31. 8. bis 7. 9.	Leipzig
Leipziger Herbstmesse	
5. 9. bis 18. 9.	Peking
TECHNO GERMA – Technische Ausstellung der Bundesrepublik Deutschland	
10. 9. bis 18. 9.	Brünn
Internationale Maschinenbau-Messe	
11. 9. bis 21. 9.	Frankfurt
Internationale Automobil-Ausstellung	
12. 9. bis 21. 9.	Zagreb
Internationale Herbstmesse	



Hoesch auf der Hannover-Messe
im eigenen Kommunikations-
und Informations-Center an
der Stahlstraße

10. bis 17. Februar 1974

Verona

SA.MO.TER

Auf dieser internationalen Fachmesse für Bau- und Erdbewegungsmaschinen zeigte Hoesch Rothe Erde-Schmiedag das Großwälzlager-Programm. Die eindrucksvolle Darstellung rotierender Kugel-Drehverbindungen vor fünf Meter hohen HOESCH-isowänden® fand lebhaftes Interesse bei Besuchern und Kunden der Handelsgesellschaft Rothe Erde Italiana SpA, Milano.

1. bis 10. März 1974

Brüssel

BATIMENT

Wie in den vergangenen Jahren fand im Frühjahr wieder der mit einem Architektenkongress verbundene Bausalon in Brüssel statt. Ein bedeutender Internationaler Treffpunkt, bei dem die belgische Vertretung der Blefa AG (PTC – Pacific Trading Corporation) Wohnraum-Dachfenster und Dachfenster zeigte.

9. bis 17. März 1974

München

Intern. Handwerksmesse

Die 26. IHM stand im Zeichen einer gegenüber dem Vorjahr wesentlich veränderten Marktsituation der an der Messe beteiligten Branchen. Die Gruppe Bau/Ausbau konnte dennoch einen guten Messeerfolg verzeichnen. In dieser Fachgruppe führte die Blefa dem interessierten Publikum den Einbau von Wohnraum-Dachfenstern vor.

10. bis 17. März 1974

Leipzig

Leipziger Frühjahrsmesse

Mit einem Gemeinschaftsstand beteiligten sich alle Konzerngesellschaften an der Leipziger Frühjahrsmesse. In übersichtlicher und eindrucksvoller Art gab Hoesch vielen Kunden und Interessenten einen Überblick über das gesamte Produktionsprogramm.

30. März bis 7. April 1974

Saarbrücken

Internationale Saarmesse

Erstmals war das Kaltprofilwerk der Döhner AG in Anröchte mit einem kleineren Messestand auf der Saarmesse vertreten. Eine Palette von Präzisionskaltprofilen machte auf ihre vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten aufmerksam.

25. April bis 3. Mai 1974

Hannover

Hannover-Messe

Viele Beobachter und Besucher dieser bedeutendsten deutschen Messe hatten von Hannover Hinweise auf den Konjunkturverlauf der nächsten Monate erwartet. Eine Klärung blieb aus, lediglich der weiterhin gute Export wurde für die meisten Branchen bestätigt. Dennoch wurde Hannover nach wie vor seiner Rolle als der größten internationalen Industrieschau der Welt gerecht. Viele in- und ausländische Aussteller berichteten über interessante Gespräche und neue Kontakte. Hoesch war wieder mit dem Kommunikations- und Informations-Center an der Stahlstraße vertreten, hier mit einem umfassenden Überblick über die Produkte und Leistungen des Konzerns. In Halle 7 zeigten die Hoesch Siegerlandwerke Zweigniederlassung Trierer Walzwerk eine Palette von oberflächenveredelten und kunststoffbeschichteten Bändern und Blechen. In Halle 13 waren die Hoesch Werke Hohenlimburg-Schwerte und Döhner mit Ausschnitten aus ihrem vielseitigen Fertigungsprogramm, z. B. Hoesch-Kaltband-Spezialitäten und einbaufertigen Konstruktionselementen, vertreten. In Halle 23 schließlich zeigte Hoesch Rothe Erde-Schmiedag Großwälzlager, Kugel- und Rollendrehverbindungen, Drahtwälzlager und Lenkkränze.

5. bis 8. Mai 1974

Houston

Texas (USA)

Offshore Technology Conference

Anlässlich der Offshore Technology Conference in Houston vom 5. bis 8. Mai, fand auch eine Fachausstellung für das Gebiet der Meerestechnik statt. Auf einer Fläche von rund 54 000 Quadratmeter stellten über 700 Aussteller aus aller Welt – darunter auch Hoesch – ihre Erzeugnisse aus. Zu den von uns gezeigten Produkten gehörten, um nur einige zu nennen, Großrohre zum Bau von Unterwasserleitungen für den Transport von Öl und Gas sowie typische Stahlerzeugnisse aus dem Hoesch-Bereich, die beim Bau von Bohr- und Produktionsplattformen benötigt werden.

9. bis 19. Mai 1974

Paris

EXPOMAT

Zum neunten Male fand in diesem Jahr die Internationale Fachmesse für Bau- und Baustoffmaschinen auf dem Gelände des Flughafens Le Bourget bei Paris statt. Rothe Erde Großwälzlager und Kugel-Drehverbindungen, Schmiedestücke und Sphärogußteile bildeten hier die Schwerpunkte der Ausstellung von Roballo-France, Tochtergesellschaft von Hoesch Rothe Erde-Schmiedag.

23. bis 26. Mai 1974

München

Dach und Wand

Nach Berlin und Dortmund erlebte diese Fachausstellung, die mit dem 75. Verbandstag des Deutschen Dachdecker-Handwerks zusammenfällt, in München einen weiteren Höhepunkt. Eine Rekordbeteiligung von 256 Ausstellern auf einer Fläche von insgesamt 32 000 Quadratmeter übertraf alle vorherigen Dach und Wand-Ausstellungen. Auch hier demonstrierte die Blefa AG die verschiedenen Möglichkeiten des Dachausbaus mit Blefa Wohnraum-Dachfenstern.

29. Januar bis 3. Februar 1974

Basel

SWISSBAU

Zum ersten Male beteiligte sich die Hoesch Siegerlandwerke AG über ihre Schweizer Vertretung Stüssibau, Basel, an der SWISSBAU. HOESCH BAUTEILE, HOESCH-isowand®, HOESCH-isodach® und HOESCH-INNENWAND, wurden im Rahmen der von vielen Fachleuten gut besuchten Ausstellung gezeigt.

2. bis 10. Februar 1974

Hannover

CONSTRUCTA

Der Besuch von 200 000 Fachleuten und Interessenten wurde vor allem im Hinblick auf die schlechte Konjunktur im Baugewerbe als besonderer Erfolg gewertet. Die Hoesch Siegerlandwerke, die Blefa und die Hoesch Werke Hohenlimburg-Schwerte stellten bei dieser bedeutenden Fachausstellung, die erst wieder im Jahr 1978 stattfindet, HOESCH BAUTEILE, HOESCH-isowand®, HOESCH-isodach®, HOESCH INNENWAND sowie BLEFA Wohnraum-Dachfenster und Dachfenster, Profile aus Stahl und Edelstahl, warmgewalzt, warmstranggepreßt, blankgezogen bzw. kaltprofilert, sowie Schallschutzelemente System Hoesch aus.

9. bis 18. Juni 1974

Posen

Internationale Technische Messe

Seit Jahren gehört die Posener Messe zu den führenden Veranstaltungen in Osteuropa. 1974 hat sie ihre Aktualität erneut bewiesen und den Aufschwung der polnischen Wirtschaft unterstrichen. Die Bundesrepublik Deutschland stellte mit einer Firmengemeinschaftsausstellung die größte ausländische Ausstellerguppe. In diesem Rahmen beteiligte sich Hoesch mit einem Querschnitt durch das gesamte Produktionsprogramm. Zusätzlich wurden im Freigelände O & K Baumaschinen, MFD-Aufgleisgeräte und TITAN-Verpackungssysteme vorgestellt.

1. bis 8. September 1974

Leipzig

Leipziger Herbstmesse

Alle Aussteller der Stahlindustrie beteiligen sich seit Jahren mit Informationsständen an der Leipziger Herbstmesse. Um bestehende Kontakte zu vertiefen und Geschäftsverbindungen weiter auszubauen, war auch Hoesch auf dieser Messe vertreten.

11. bis 19. September 1974

Brünn

16. Internationale Maschinenbaumesse

Die Brünnener Messe hat nach dem Urteil von Fachleuten stets an Bedeutung gewonnen. Langjährige Kontakte zu den tschechoslowakischen Außenhandelsunternehmen und Betrieben bilden die Grundlage für unsere Messebeteiligung in Brünn. Ein Informationsstand gab Auskunft über unser Erzeugungsprogramm, bei dem HOESCH BAUTEILE im Mittelpunkt standen. O & K Baumaschinen und MFD-Aufgleisgeräte wurden im Freigelände vorgeführt.

12. bis 22. September 1974

Zagreb

Internationale Herbstmesse

Die Internationale Zagreber Herbstmesse ist schon seit Jahren die wichtigste Messeveranstaltung Jugoslawiens. Hoesch beteiligt sich regelmäßig im Rahmen der Firmengemeinschaftsschau der Bundesrepublik Deutschland. Ausgestellt wurden diesmal HOESCH BAUTEILE, überflächenveredeltes Material, Spezialprofile, Maschinenteile, TITAN Verpackungssysteme, MFD-Aufgleisgeräte und Rothe Erde Kugel-Drehverbindungen.

21. bis 29. September 1974

Berlin

Deutsche Industrieausstellung

Das Leitthema der diesjährigen Ausstellung „Verkehr in Ballungsräumen“ war auch Thema des Kongresses und der fachbezogenen Tagungen und Seminare. Unter Mitwirkung von Forschungsinstituten, Behörden und Verbänden beteiligte sich die deutsche Stahlindustrie mit einem Gemeinschaftsstand, der nicht nur für Fachleute wertvolle Informationen und interessantes Anschauungsmaterial zu bieten hatte.

1974 Regional-Ausstellungen

Darüber hinaus beteiligte sich die Blefa AG mit gutem Erfolg an folgenden Regional-Ausstellungen: 4. Donau-Ausstellung, Regensburg, 30. März bis 7. April 1974; Mannheimer Markt, Mannheim, 27. April bis 7. Mai 1974; Niedersachsen-Schau, Celle, 18. bis 26. Mai 1974; Franken-Schau, Nürnberg, 18. bis 26. Mai 1974; 15. Südwest-Messe, Schwenningen, 8. bis 17. Juni 1974; Norddeutscher Baumarkt, Neumünster, 21. bis 29. September 1974; 15. Ostfriesland-Schau, Leer, 5. bis 13. Oktober 1974, und CONSUMENTA, Nürnberg, 26. Oktober bis 3. November 1974.

Fortsetzung von Seite 13

Helmut Rohde: Ja zur betrieblichen Berufsbildung Nein zu Verstaatlichung oder Verschulung

gendlichen durchstrukturiert sind. Dafür neue Ausbildungsordnungen zu schaffen, wird eine wesentliche Aufgabe der zentralen Bonner Institution sein. Es geht uns also nicht um Bürokratisierung, sondern darum, Voraussetzungen für ein Zusammenarbeiten und Zusammenwirken der an der beruflichen Bildung Beteiligten zu schaffen.

Zweitens, müssen wir auch bessere Voraussetzungen für Vorausschau und Planung schaffen – nicht nur im statistischen Bereich, sondern auch dadurch, daß Bedarfspläne, beispielsweise für überbetriebliche Ausbildungsstätten, ermittelt werden –, um in der Bundesrepublik insgesamt das Ausbildungsangebot für die Zukunft besser zu stabilisieren.

Finanzierung der beruflichen Bildung

Der dritte Punkt ist die Finanzierung der beruflichen Bildung. Ich will hier offen sagen: Uns geht es nicht darum, eine totale Umverteilung der Kosten zu erreichen, die mit der beruflichen Bildung in der Wirtschaft heute verbunden sind. Wir prüfen und arbeiten vielmehr daran, daß ein begrenzter Teil der Kosten, die heute ohnehin in der Wirtschaft für die berufliche Bildung aufgebracht werden, gerechter verteilt wird. Es geht uns nicht darum, der Wirtschaft eine neue Gesamtbelastung aufzubürden, sondern darum, einen besseren Ausgleich zwischen den 16% der Betriebe zu schaffen, die ausbilden, und den 84% der Betriebe, die überhaupt nicht an der Ausbildung beteiligt sind. Ein solcher Ausgleich ist unerlässlich, weil bei wachsenden Anstrengungen und Verpflichtungen im beruflichen Bildungsbereich bei den unterschiedlichen Kostenbelastungen der nicht ausbildenden und ausbildenden Betriebe mit erheblichen Verzerrungen zu rechnen wäre. Dieser Tatbestand könnte auf das Ausbildungsplätzeangebot der nächsten Jahre nicht ohne Auswirkung bleiben.

Die neue Finanzierungsregelung muß auch Mittel bereitstellen, die für Aufgaben zur Verfügung stehen, die sonst gar nicht oder nur unzulänglich erfüllt werden können. Um Ihnen einige wenige zu nennen:

Wir stellen fest, daß die überbetrieblichen Ausbildungsstätten, für die wir im nächsten Jahr Investitionsmittel in Höhe von 75 Millionen DM im Bundeshaushalt zur Verfügung stellen, von den möglichen Trägerorganisationen darum schwierig zu unterhalten sind, weil diese nicht wissen, wie sie längerfristig die notwendigen Folgekosten decken sollen. Es reicht auf Dauer nicht aus, nur Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen. Man muß auch dafür sorgen, daß die Folgekosten dieser überbetrieblichen Ausbildungsstätten für die Zukunft abgesichert werden. Das ist besonders wichtig für die ländlichen Bereiche und für die wirtschaftlich schwachen Räume.

Die Bedeutung betriebsergänzender überbetrieblicher Ausbildung hat zugenommen. Die Ausbildungsordnung für den Baubereich sieht beispielsweise vor, daß neun Monate der Ausbildungszeit in einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte verbracht werden sollen. Es erhebt sich die Frage, ob während dieser ganzen Zeit die Leistungen für Lehrlingsvergütungen allein von dem einzelnen Betrieb gezahlt werden sollen, vor allem wenn es sich um Klein- und Mittelbetriebe handelt, oder ob hier nicht stützende finanzielle Maßnahmen erforderlich sind.

Schließlich stehen wir vor Problemen, die eine schnelle Reaktion erfordern. Das ist z. B. der Fall, wenn Betriebe mit Ausbildungsplätzen in Konkurs gegangen sind. Dann ergibt sich die Frage, welche Chancen die betroffenen Jugendlichen haben, ihr Ausbildungsverhältnis fortsetzen zu können. Wir denken daran, diesen Jugendlichen in Zukunft Ausbildungsprämien mit auf den Weg in einen neuen Betrieb zu geben, der sich bereit erklärt, das Ausbildungsverhältnis weiterzuführen. Die Mittel sollen dazu dienen, zusätzliche Kosten, die mit einer Integration in einen neuen Ausbildungsbetrieb verbunden sind, abzudecken.

Die Notwendigkeit betriebsergänzender Ausbildungsmaßnahmen ist zwar, das weiß ich wohl, keine Frage, die ein Unternehmen wie die Hoesch Werke AG speziell berührt. Aber sie ist eine Frage, die das Berufsbildungssystem im ganzen betrifft. Abgesehen von der Bedeutung solcher Maßnahmen für die Klein- und Mittelbetriebe gehe ich aber davon aus, daß auch Großbetriebe für die Zukunft über ihre eigenen Ausbildungsanstrengungen hinaus daran interessiert sind, wie sich Inhalt und Form der fachlichen Ausbildung im ganzen in der Gesellschaft weiterentwickeln. Das ergibt sich z. B. aus der Nachfrage, die Großbetriebe nach Facharbeitern in der Zukunft haben werden.

Lassen Sie mich abschließend zusammenfassen: Wir wollen eine organisatorische Ordnung der beruflichen Bildung schaffen, die vor allen Dingen in den zentralen Institutionen der Rahmenplanung öffentliche Verantwortung und die Mitbestimmung der an der beruflichen Bildung Beteiligten miteinander verbindet. Wir wollen eine an Bedarfskriterien orientierte überbetriebliche Finanzierung, die einen Beitrag dazu leistet, daß vorausschauende und koordinierte Planung in der beruflichen Bildung möglich wird und wirtschaftlicher und technischer Wandel nicht zu Lasten der Ausbildungsansprüche der Jugendlichen in unserem Lande geht. Diese Reform ist parallel geschaltet mit den von uns initiierten Anstrengungen zur Weiterentwicklung des beruflichen Schulwesens, so daß nicht nur das eine Standbein „betriebliche Ausbildung“, sondern auch das andere Standbein „Schule“ für die Zukunft auf sicherem Grund steht.

Die neue Sammelmappe nicht vergessen!



Auch für den Jahrgang 1975 unserer Werkzeitschrift stellen wir Ihnen wieder eine Sammelmappe zur Verfügung. In die Sammelmappe können Sie die WERK UND WIR-Hefte ohne Schwierigkeiten einhängen. Sie haben so die Möglichkeit, die Zeitschrift zu sammeln und geschützt aufzubewahren. Wünschen Sie eine Sammelmappe – gegen eine Schutzgebühr von 1,- DM, brauchen Sie nur eine Postkarte an WERK UND WIR, 46 Dortmund, Bornstraße 166, abzuschicken.

Harkort-Medaille für Richter und Kupferschmidt



Artur Richter kann die Zahl der Auszubildenden nicht mehr nennen, die er bei Facharbeiterprüfungen der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer, Hagen, als Mitglied der Prüfungsausschüsse Maschinenschlosser und Schmelzschweißer in einem Vierteljahrhundert prüfte. Ebenso geht es Herbert Kupferschmidt, der diese Aufgabe schon acht Jahre im Kammerbezirk Arnstadt (Thüringen) erfüllte, bevor ersiebzehn Jahre in Westfalen Facharbeiterprüfungen in den Sparten Maschinenschlosser, Betriebsschlosser und Werkzeugmacher abnahm.

Als Anerkennung verlieh die Südwestfälische Industrie- und Handelskammer zu Hagen den beiden Hoesch-Mitarbeitern – Artur Richter (auf unserem Bild 3. v. r.), Leiter des Technischen Ausbildungswesens der Hoesch Werke Hohenlimburg-Schwerte AG und seit 21 Jahren bei Hoesch tätig, und Herbert Kupferschmidt (links außen), Meister im Versuchs- und Werkzeugbau der Hoesch Packband GmbH, Schwelm, für 25 Jahre ehrenamtliche Mitarbeit im Berufsbildungswesen – die Friedrich-Harkort-Medaille.



letzte meldung: Betriebsrenten abgesichert

Gesetzliche Rentenversicherung, betriebliche Altersversorgung und Eigenvorsorge – das sind die drei Pfeiler, auf denen die Alterssicherung der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik – wenn auch nicht in jedem Einzelfall – ruht.

Nimmt man die Zahl der Versicherten und das Leistungsvolumen als Maßstab, dann hat zweifellos die Rentenversicherung das größte Gewicht. Sie zahlt an die fast elf Millionen Rentner Monat für

Monat gut 5,5 Milliarden DM aus.

Einen anderen gewichtigen Teil der Alterssicherung bildet die Betriebsrente. Schon heute haben schätzungsweise zwölf Millionen Arbeitnehmer aus 80 000 Unternehmen betriebliche Versorgungszusagen. Sie können damit rechnen, unmittelbar von ihrer Firma, über eine Direktversicherung, aus Pensions- und Unterstützungskassen oder in anderer Form einen Zuschlag zu ihrer Sozialrente zu er-

halten, wenn sie „in Pension“ gehen.

Für manchen ging diese Rechnung bisher aber nicht ganz auf. Denn die Regelungen, wie sie bis dato bei der betrieblichen Altersversorgung bestanden, hatten einige Schönheitsfehler. So verlor beispielsweise ein Arbeitnehmer, der die Firma wechselte, meist seinen Anspruch auf Betriebsrente, auch wenn er viele Jahre im Unternehmen

beschäftigt war.

Solche und ähnliche Mängel werden jetzt beseitigt. Der Deutsche Bundestag hat auf Vorschlag der Bundesregierung ein Gesetz beschlossen, durch das die betriebliche Altersversorgung arbeitsrechtlich abgesichert wird, das im Dezember 1974 in Kraft trat und über das wir ausführlich im nächsten Heft berichten.

Arbeitsgemeinschaft der Betriebskrankenkassen

Die Arbeitsgemeinschaft der neunzehn Betriebskrankenkassen von Dortmund und Umgegend – unter ihnen drei aus dem Hoesch-Bereich – veranstaltete am 6. Dezember 1974 eine Mitglieder- und Wahlversammlung, bei der Dr. Horst Peters, Präsident des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen in Essen und Mitglied der Sachverständigenkommission zur Weiterentwicklung der sozialen Krankenversicherung, über das Thema „Krankenversicherung im Wandel“ sprach.



UNSERE JUBILARE

Jedes Jahrzehnt des Menschen
hat sein eigenes Glück,
seine eigenen
Hoffnungen und Aussichten
GOETHE

40

Hoesch Hüttenwerke AG

18. 2. 1975

Erna Ehrlich

Werk Union
Personalwesen

27. 2. 1975

Bruno Poltorack

Werk Westfalenhütte
Eisenbahnmaschinendienst

28. 2. 1975

Josef Josten

Werk Union
Werksicherheit

Hoesch Siegerlandwerke AG

1. 2. 1975

Heinrich Bredebach

Werk Eichen
Adjustage Kaltwalzwerk

Hoesch Werke Hohen- limburg-Schwerte AG

25. 2. 1975

Werner Röbbcke

Warmwalzwerk Hohenlimburg
Mittelbandstraße 3

25

Hoesch Werke AG

5. 1. 1975

Heinz Gritzke

Hausmeister
Zentrale Datenverarb. Hoesch

1. 2. 1975

Agnes Werner

Gästehaus

25. 2. 1975

Anne-Lore-Berghoff

KG Verarbeitung
Controller-Abteilung

Hoesch Hüttenwerke AG

1. 2. 1975

Hubert Gehrman

Werk Union
Rechnungswesen

1. 2. 1975

Lothar Kämmerer

Werk Westfalenhütte
Maschinenbetriebe

1. 2. 1975

Herbert Kiwitt

Werk Westfalenhütte
Breitbandwalzwerk

1. 2. 1975

Heinrich Rüßmann

Werk Phoenix
Materialwirtschaft

1. 2. 1975

Hugo Pieper

Werk Westfalenhütte
Werksgärtnerei

1. 2. 1975

Albin Schuflitowski

Werk Union
Lagerwirtschaft

1. 2. 1975

Willi Böhlke

Werk Westfalenhütte
Arbeitseinsatz

1. 2. 1975

Rudolf Eickhoff

Werk Westfalenhütte
Mechanische Reparaturbetriebe

1. 2. 1975

Johann Freitag

Werk Westfalenhütte
Kaltwalzwerk

2. 2. 1975

Josef Kiemann

Werk Westfalenhütte
Stahlwerke

2. 2. 1975

Adalbert Hadaszynski

Werk Westfalenhütte
Technische Sozialbetriebe

3. 2. 1975

Max Oppat

Werk Phoenix
Fahrbetrieb

3. 2. 1975

Willi Hohfeld

Werk Westfalenhütte
Baubetriebe

3. 2. 1975

Werner Arndt

Werk Union
Werksicherheit

3. 2. 1975

Erich Schneider

Werk Westfalenhütte
Werksicherheit

3. 2. 1975

Wilhelm Buslapp

Werk Westfalenhütte
Profilwalzwerke

3. 2. 1975

Karl-Heinz Scholz

Werk Union
Mechanische Reparaturbetriebe

4. 2. 1975

Alfred Freitag

Werk Westfalenhütte
Eisenbahnbetrieb

4. 2. 1975

Werner Senf

Werk Union
Profilwalzwerke

6. 2. 1975

Franz Luzinski

Werk Westfalenhütte
Baubetriebe

6. 2. 1975

Hubert Klein

Werk Phoenix
Eisenbahnbetrieb

6. 2. 1975

Otto Reinsch

Werk Westfalenhütte
Eisenbahnmaschinendienst

6. 2. 1975

Karl-Heinz Boldt

Werk Phoenix
Werksicherheit

7. 2. 1975

Hans Henkelmann

Werk Phoenix
Walzwerke Ph

7. 2. 1975

Erich Langwald

Werk Westfalenhütte
Profilwalzwerke

7. 2. 1975

Harald Ziervogel

Werk Phoenix
Mechan. Erhaltungsbetriebe

7. 2. 1975

Werner Koglin

Werk Westfalenhütte
Mechan. Erhaltungsbetriebe

8. 2. 1975

Friedrich Hillebrand

Werk Westfalenhütte
Verkehrsbetriebe

8. 2. 1975

Heinz Winkelmann

Werk Westfalenhütte
Block- und Profilwalzwerke

8. 2. 1975

Günter Brauckhoff

Werk Union
Stoffwirtschaft

8. 2. 1975

Willi Bramkamp

Werk Westfalenhütte
Stoffwirtschaft

9. 2. 1975

Herbert Dornau

Werk Westfalenhütte
Block- und Profilwalzwerke

9. 2. 1975

Günter Ludin

Werk Phoenix
Technisches Ausbildungswesen

9. 2. 1975

Paul Otter

Werk Union
Profilwalzwerke

9. 2. 1975

Willi Hauskötter

Werk Westfalenhütte
Qualitätskontrolle

10. 2. 1975

Erich Deimel

Werk Union
Elektrotechnische Betriebe

10. 2. 1975

Albert Barz

Werk Union
Siemens-Martin-Stahlwerke

10. 2. 1975

Rudolf Ernst

Werk Union
Siemens-Martin-Stahlwerke

11. 2. 1975

Karl Grosse

Werk Union
Allgemeine Verwaltung

11. 2. 1975

Konrad Brudlo

Werk Union
Siemens-Martin-Stahlwerke

14. 2. 1975

Reinhard Bongardt

Werk Westfalenhütte
Forschung und
Qualitätskontrolle

14. 2. 1975

Günter Robach

Werk Union
Rechnungswesen

14. 2. 1975

Gustav Gossmann

Werk Union
Mechan. Erhaltungsbetriebe

14. 2. 1975

Karl Brey

Werk Union
Hochofenbetrieb

14. 2. 1975

Helmut Jarmus

Werk Westfalenhütte
Siemens-Martin-Stahlwerke

14. 2. 1975

Friedrich Dörsing

Werk Union
Siemens-Martin-Stahlwerke

14. 2. 1975

Max Rohlof

Werk Union
Siemens-Martin-Stahlwerke

14. 2. 1975

Friedrich Mönikes

Werk Union
Siemens-Martin-Stahlwerke

15. 2. 1975

Erich Tuchmann

Werk Phoenix
Energiebetriebe

15. 2. 1975

Gerhard Zuckschwerdt

Werk Union
Siemens-Martin-Stahlwerke

15. 2. 1975

Franz Kertelge

Werk Union
Profilwalzwerke

16. 2. 1975

Gustav Nolte

Werk Phoenix
Stahlgießerei

16. 2. 1975

Willi Reiter

Werk Union
Hochofenbetrieb

17. 2. 1975

Alfred Laser

Werk Union
Stahlwerke

17. 2. 1975

Gerhard Kottenkamp

Werk Westfalenhütte
Dolomitanlage

18. 2. 1975

Heinrich Kerschek

Werk Phoenix
Verkehrsbetriebe

20. 2. 1975

Werner Frömming

Werk Westfalenhütte
Technische Stabstellen

20. 2. 1975

Erwin Nowak

Werk Phoenix
Forschung und
Qualitätskontrolle

20. 2. 1975

Ernst Lücke

Werk Westfalenhütte
Drahtverfeinerung

20. 2. 1975

Willi Klemp

Werk Phoenix
Mechan. Erhaltungsbetriebe

22. 2. 1975

Herbert Ramm

Werk Westfalenhütte
Technische Stabstellen

23. 2. 1975

Hildegard Hampel

Werk Westfalenhütte
Allgemeine Verwaltung

23. 2. 1975

Paul Dernbach

Werk Union
Profilwalzwerke

23. 2. 1975

Ernst Michel

Werk Union
Mechan. Erhaltungsbetriebe

23. 2. 1975

Wilhelm Gau

Werk Union
Profilwalzwerke

24. 2. 1975

Reinhard Moschell

Werk Westfalenhütte
Mechan. Erhaltungsbetriebe

24. 2. 1975

Willi Auferrodt

Werk Phoenix
Qualitätskontrolle

25. 2. 1975

Albert Weidemann

Werk Westfalenhütte
Energiebetriebe

25. 2. 1975

Heinz Sackel

Werk Phoenix
Arbeitseinsatz

25. 2. 1975

Günter Drögecamp

Werk Westfalenhütte
Mechan. Erhaltungsbetriebe

27. 2. 1975

Klaus Dülken

Werk Westfalenhütte
Forschung und
Qualitätskontrolle

27. 2. 1975

Willi Rüping

Werk Union
Technische Sozialbetriebe

27. 2. 1975

Karl Evers

Werk Union
Allgemeine Verwaltung

27. 2. 1975

Günter Remazki

Werk Westfalenhütte
Hochofenbetrieb

27. 2. 1975

Hugo Marquardt

Werk Union
Elektrotechnische Betriebe

28. 2. 1975

Heinz Eisenblätter

Werk Westfalenhütte
Kaltwalzwerk

28. 2. 1975

Günter Kalkowski

Werk Phoenix
Oxygenstahlwerk

28. 2. 1975

Joachim Beyreuther

Werk Westfalenhütte
Kaltwalzwerk

28. 2. 1975

Withold Kolbeck

Werk Westfalenhütte
Profilwalzwerke

28. 2. 1975

Herbert Muhs

Werk Westfalenhütte
Technische Sozialbetriebe

28. 2. 1975

Heinz Bockholt

Werk Westfalenhütte
Eisenbahnbetrieb

28. 2. 1975

Erich Schwake

Werk Westfalenhütte
Werksicherheit

Hoesch Siegerlandwerke AG

1. 2. 1975

Ruth Onnasch

Werk Wuppertal
Verkauf/Export Kaltband

1. 2. 1975

Konrad Schmidt

Werk Wissen
Kistenfabrik

5. 2. 1975

Werner Nitsche

Werk Wissen
Verzinnerei

13. 2. 1975

Walter Lütz

Werk Eichen
Rohbandlager/Bandbeize

13. 2. 1975

Günter Traut

Werk Eichen
Hauptwerkstatt

16. 2. 1975

DIE GESELLSCHAFTEN
DER HOESCH WERKE AG

INLAND

Hütten- und Walzwerke

Hoesch Hüttenwerke AG Dortmund

Hoesch Siegerlandwerke AG Siegen

Hoesch Werke Hohenlimburg-Schwerte AG
Hohenlimburg
Döhner AG Letmathe

Weiterverarbeitung

Hoesch Röhrenwerke AG Hamm

Hoesch Rothe Erde-Schmiedag AG
Dortmund
Schwinn AG Homburg/Saar

Hoesch Maschinenfabrik Deutschland AG
Dortmund
Dittmann & Neuhaus AG Herbede/Ruhr

Blefa AG Kreuztal, Kr. Siegen

Hoesch Packband GmbH Schwelm

Handel und Export

Hoesch Handel AG Dortmund

Dortmunder Eisenhandel GmbH Dortmund

Schulte & Schemmann Hamburg

Titan Verpackungssysteme GmbH Schwelm

Angenendt Verpackungssysteme GmbH
Achern
Schrottverwertung Celler GmbH Dortmund

Hoesch Brennstoffhandel GmbH Essen

Sonstige Beteiligungsgesellschaften

O & K Orenstein & Koppel AG Berlin/Dortmund

Rheinisch-Westfälische Kalkwerke AG Dornap

WERK
und
WIR

Eine Zeitschrift für die Mitarbei-
ter der Hoesch Werke Ak-
tiengesellschaft. Herausgeber:
Hoesch Werke Aktiengesell-
schaft Dortmund ● Verant-
wortlich für WERK UND WIR
Hoesch Werke Aktiengesellschaft: Walter Hölkes-
kamp ● Verantwortlicher Redakteur: Erhard Jahn.
Redaktion: Annemarie Stenderhoff ● Grafische
Gestaltung: Jutta von Wolff ● Anschrift der Redak-
tion: Dortmund, Bornstraße 166, Telefon 84 41,
Fernschreiber 0822294/0822123 ● Druck:
W. Girardet, Essen ● Verantwortlich für WERK UND
WIR, Ausgabe HÜTTENWERKE, Seiten 1-16,
Dr. Günter Sieber ● Redaktion: Dipl.-Kfm. Josef
Lüftner (verantwortlich) und Alex Forster ● An-
schrift der Redaktion: Dortmund, Eberhardstraße 12,
Telefon 8441, Fernschreiber 0822123/0822294 ●
Druck: Westfalendruck Dortmund ● WERK UND
WIR erscheint monatlich und wird kostenlos an
alle Belegschaftsmitglieder abgegeben.

Dolomitwerke GmbH Wülfrath

Vereinigte Drahtseilwerke GmbH Dortmund

Gesellschaft für Metall Praecis-Formung mbH
Westhofen
Hydropneumatik Federungselemente GmbH
München

VACMETAL Gesellschaft für Vakuum-
Metallurgie mbH Dortmund
Hoesch Liegenschaften GmbH Dortmund

Hoesch Wohnungsgesellschaft mbH Dortmund

Industriewerte Versicherungskontor GmbH
Dortmund
Mathematischer Beratungs- und
Programmierungsdienst GmbH Dortmund

AUSLAND

Weiterverarbeitung

Schwinn Sàrl Hénin-Beaumont
(Pas de Calais/Frankreich)
Hoesch Argentina SAlYC Buenos Aires
(Argentinien)

Hoesch Scripelliti SA Indústria de Molas
São Paulo (Brasilien)
Forjaria São Bernardo SA
São Bernardo do Campo (Brasilien)

Suspensiones Automotrices SA
Tlalnepantla (Mexiko)

Lesjöfors AB
Lesjöfors (Schweden)
Rotek Incorporated Ravenna
(Ohio, USA)

Handel

Hoesch America Inc. Atlanta
(Georgia, USA)
Hoesch Belgique SA
Hoesch België NV Brüssel (Belgien)
Hoesch France Sàrl Paris
(Frankreich)

Hoesch Handelsges. mbH Wien
(Österreich)

Hoesch Italiana SpA Milano
(Italien)

Hoesch Limited Morden
(Surrey/Großbritannien)

Hoesch Nederland NV Den Haag
(Niederlande)

Hoesch SA Madrid
(Spanien)

Hoesch Zürich AG Zürich
(Schweiz)

Nippon Roballo Comp. Ltd. Tokyo
(Japan)

Roballo Engineering Company Ltd. London
(Großbritannien)

Roballo France Sàrl Neuilly-sur-Seine
(Frankreich)

Rothe Erde Italiana SpA Milano
(Italien)

Rothe Erde-Schmiedag Ges. m. b. H. Wien
(Österreich)

Titelseite: Wolfgang Röhrig; Rückseite: Anni
Möller, beide Lübeck. Schwarzweißaufnahmen:
Emil Ahring, Helmut Hering, Lotte Hertling, Hans-
Joachim Jahnke, Manfred Kampmann, Erich
Kreuzner, Erhard Pankau, Robert Sack, Günter
Steininger, Anni Wölk, Gustav Adolf Wüstenfeld,
alle Dortmund; Hanspeter Dittrich, Hohenlimburg;
Horst Stamm, Hagen, und Werks- und Privat-
fotos. Zeichnungen Karl-Heinz Jahn, Dortmund.

FOTO
WETT
BEWERB

Mein Lieblingsbild 1974

1 Heinz J. Flum
Hoesch Packband GmbH

2 Karl Stempel
Hoesch Hüttenwerke AG

3 Einhart Franke
Hoesch France Sàrl

4 Wilhelm Eichhöfer
Hoesch Hüttenwerke AG

5 Günther Schillhof
Hoesch Hüttenwerke AG

Für den Fotowettbewerb können unsere Beleg-
schaftsmitglieder und Pensionäre bis zum 3. Fe-
bruar Fotos zu dem Thema „Strukturen“ und bis
zum 3. März Fotos zu dem Thema „Wohnungen,
Behausungen“ einreichen.

WERK UND WIR
Fotowettbewerb '75

Januar ■ Mein Lieblingsbild 1974

Februar Tiere

März Strukturen

April Wohnungen, Behausungen

Mai Kinder sehen dich an

Juni Industrieaufnahmen

Juli Blumen

August Wasser und Wolken

September Aus meinem Garten

Oktober Im Urlaub

November Masken

Dezember Menschen

Für jedes veröffentlichte Bild erhält der Einsender
eine Prämie von dreißig Mark. Die eingereichten
Bilder sollen – um eine gute Wiedergabe im Druck
zu ermöglichen – möglichst nicht zu klein und auf
weißem Hochglanzpapier vergrößert sein. Bitte
vergessen Sie nicht, auf jedem Bild Ihren Namen,
Ihre Anschrift und das Werk, in dem Sie beschäf-
tigt sind, anzugeben. Unsere Anschrift lautet:
Fotowettbewerb WERK UND WIR, Hoesch Werke
AG, 46 Dortmund, Eberhardstraße 12.

